

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 107

Montag, 9. Mai 1924

34. Jahrgang

Berliner Stahlhelmsontag

50 000 Teilnehmer / Berlin pfeift auf seine Gäste
Im großen und ganzen: Ein Fiasko

Berlin, 8. Mai

Die Illusion der Schutztruppe des Kapitals vor der „Eroberung Berlins“ ist schneller verfliegen als sie aufsteigt. Es sollten 100 000 werden, aber es waren kaum 50 000, und selbst sie fanden nicht einmal alle Quartiere. Der Idealismus des Besitzes, als dessen Hort der Stahlhelm zu betrachten ist, hört im allgemeinen eben dort auf, wo es heißt, Opfer zu bringen. Man hängt zur Not eine oder zwei schwarzweißrote Fahnen heraus und brüllt schließlich auch mit, wenn das nichts kostet! Aber mehr ist nicht zu haben. Das gilt nicht nur für Berlin und das Reich, das ist eine internationale Krankheit des Kapitals. Wenn es trotzdem noch Menschen gibt, die sich ihm mit Haut und Haaren verschreiben, so liegt das an ihrer geistigen Beschränktheit oder, was schlimmer ist, ihrer Abhängigkeit von dem kapitalistischen Arbeitgeber.

Eine Bewegung mit einer derartigen Basis kam auf die Dauer nicht lebensfähig sein. Aus diesem Gefühl heraus hatte letzten Endes auch die Leitung des Stahlhelms zum Marsch nach Berlin aufgerufen. Angeblich wollte sie Berlin „erobern“, und doch war diese Parole nur zur Aufmunterung der eigenen Anhänger und mit dem Ziel einer Stärkung der Bewegung ausgegeben worden. Weder das eine noch das andere ist erreicht. Eine Festung, die nach der letzten Wahlstatistik mehr als 1 1/2 Millionen Republikaner zählt, läßt sich nicht von heute auf morgen von einem paar tausend Menschen erobern. Dazu gehört mehr als ein großes Wunderwerk. So konnte aus der geplanten „Eroberung“ nicht mehr werden als eine lässliche Vereinsfeier von arbeitslosen Offizieren, ein paar abgetafelten Generalen oder Admiralen, Gymnastiken von gestern und bedauerlichen Opfern der Unternehmer. Sie alle eint von Geburt her oder infolge Abhängigkeit das Ziel, für den schwarzweißroten Besitz die alte Vorherrschaft zurückzuerobern. Es mögen 50 000 oder noch ein paar hundert Menschen mehr gewesen sein, die, von diesem überlebenden Geiste befeuert, ihren Einzug in Berlin hielten. Aber was ist das für das ganze Reich bei 60 Millionen Einwohnern? Die Berliner Arbeiterklasse allein hat zum vergangenen 1. Mai ein vielfaches dieser Zahl an Menschen auf die Beine gebracht, und als das Reichsbanner im Jahre 1924 seine Anhänger zu einem Appell nach Magdeburg gerufen hatte, erschienen trotz Not und Sorgen noch weit mehr ehrliebe überzeugte Befechter des republikanischen Gedankens.

Magdeburg war überhaupt in jeder Beziehung ein Ereignis. Das kann der Berliner Stahlhelmsontag keineswegs für sich in Anspruch nehmen. Der Empfang seiner Teilnehmer und ebenso ihr Aufmarsch blieb selbst hinter den Erwartungen der Stahlhelmsführerschaft zurück. Gewiß zeigten eine ganze Anzahl von Vorberühmten in den reichen Stadtvierteln die schwarzweißrote Tricolore des Besitzes, aber dort, wo die Masse zu Hause ist, wo die Hand- und Kopfarbeiter täglich ein- und ausgehen, zeugten kahle Fenster und vereinzelte rote Fahnen der Kommunisten von Antipathie. Das gleiche Bild auf fast allen Anmarschstraßen im Zentrum der Stadt. Von Begeisterung der Bevölkerung keine Spur, kein Spalier, kein Massenaufmarsch. Etliche flatternde Fahnenhücher von ein paar alten Tanten war alles. Auch die Zahl der Neugierigen war auffallend gering. Sie wuchs nur bei den Eingängen zum Lustgarten an und bestand selbst dort mehr aus Gegnern, als Freunden der Demonstrationen. Das alles sind Zeichen dafür, daß die Berliner Arbeiterklasse die Parole ihrer Führer befolgt hat und den Anmarschstraßen ferngeblieben war. Die Folge mußte sein, daß Berlin das allsonntägliche Bild zeigte. Man merkte außerhalb des Zentrums stundenlang überhaupt kaum etwas von dem „Aufmarsch der Hunderttausend“, den die Reichspressen in ihrer gewohnten Ueberheblichkeit angeblüht hatten.

Im Lustgarten sollte die Vereinsfeier ihren Höhepunkt erreichen. Dort hatte man in Reich und Glied, wie einst bei Begrüßungsparaden für Wilhelm, unter dem Schutze der Polizei Aufstellung genommen. Niemand ohne Stahlhelmskostüm war zugelassen. Man hatte das Bedürfnis, unter sich zu sein, und diesem ausdrücklichen Wunsch der Stahlhelmsleitung wurde von der Polizei mit großem Eifer Rechnung getragen. Alle Zugangstraßen zum Lustgarten waren im Umkreis von 1 Kilometer für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Das bildete u. G. vereinzelt die Ursache für kleinere Zwischenfälle. Die gute Absicht der Polizei in allen Ehren, aber es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, stundenlang ganze Bezirke für den öffentlichen Verkehr zu sperren — nur, weil der Stahlhelm feiert und paradiert.

Einige unangebrachte Maßnahmen können jedoch an unserer Anerkennung für die pflichtbewusste Tätigkeit der Berliner Polizei am gestrigen Sonntag nichts ändern. Wir bleiben der Ueberzeugung, daß sie ein Musterbeispiel von Pflichttreue ist. Mehr als 12 Stunden mußte jeder einzelne Mann ausharren; denn erst gegen 5 Uhr nachmittags fand die Vereinsfeier ihren Abschluß. Sie endete nach monotoner Weise mit großen Prophezeiungen der Wortführer für die Zukunft und einem Paradezug vor dem Sodawasserfabrikanten Selbte, dem Reichsführer Stresemann, einem gewissen Düsterberg aus Halle und ein paar abgetafelten Hohenzollernprinzen. Nur Ludendorff und das Hoch auf den Fürstlichen aus Doorn fehlte. Wahrscheinlich hat dieser Kriegsverlierer noch von einer ersten „Eroberung“ Berlins anlässlich des Kapp-Putsch im Jahre 1920 die Nase voll.

Der größte Teil der Demonstranten wurde unter polizeilicher Bedeckung nach dem Aufmarsch aus dem Lustgarten sofort zur

Bahn geleitet, um abtransportiert zu werden. Er verließ Berlin wie er gekommen war, nach einem Aufenthalt von wenigen Stunden, ohne Quartier gehabt zu haben und ohne verpflegt worden zu sein. Aus der Eroberung wurde so die Flucht vor der roten Reichshauptstadt. Wer von den Teilnehmern an der großtuerischen Offensive noch verblieb, zog sich unter polizeilichem Schutze in sein Quartier zurück. Abends war von den „Eroberern“ im Kostüm niemand mehr auf den Straßen Berlins zu sehen.

Die Republik braucht nach diesem Ausklang um ihre Existenz in der Zukunft keine Sorge mehr zu haben. Ihre Ideen macherinnen und Berlin bleibt rot!

*

Berlin, 2. Mai (Radio)

Der gestrige Stahlhelmsontag wird in der Berliner Presse kühl und ironisch behandelt. Die Montagsspott stellt fest, daß viele Straßen fast menschenleer waren und auch dort starke Zurückhaltung herrschte, wo sich Zuschauer eingefunden hatten. Die gleiche Zurückhaltung sei beim Fahnensturm festzustellen gewesen. Der Montag Morgen spricht von einem traurigen Stahlhelmsontag, bezeichnet seine Anhänger in Anbetracht der starken polizeilichen Bedeckung als „Gefangene in Berlin“ und nennt den Aufenthalt der Stahlhelmsangehörigen in den Neuföllner Quartieren ein „Spiegelkrukenlaufen“. Die Welt am Montag stellt fest, „Berlin pfeift auf den Stahlhelm“ und schreibt: „Die von den Kommunisten und Schwarzweißroten ausgegebene Parole der Besetzung war nur von einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung befolgt worden. Noch nie sah man an einem „Festtag“ so wenig schwarzweißrote Fahnen in Berlin-W. Am stärksten geklagt hatte noch Hugenbergs Verlagshaus und ein „Institut für Sozialisten und Männer schwache“ in der Potsdamerstraße. Der Ableger des Sozialanzeigers feiert natürlich einen „Aufmarsch der 110 000“ und weiß seinen gläubigen Lesern von „einem Erlebnis der Weltstadt“ zu erzählen. Die Teilnehmer an diesem Erlebnis dürften wahrscheinlich nicht den Wunsch haben, es bald noch einmal zu erleben.

Die Auslandspresse

Paris, 9. Mai (Radio)

Auf Grund der aus Berlin vorliegenden Telegramme stellt die heutige Presse im großen und ganzen mit Befriedigung fest, daß der gestrige Stahlhelmsontag ein Fiasko war. Der Quotidian sagt trotz der herausfordernden und lärmenden Demonstration hätten die Stahlhelmsleute eine Begeisterung der Berliner Bevölkerung nicht zu erwecken vermocht. Die Veranstaltung habe sich deshalb unter völliger Gleichgültigkeit abgepielt. Der Quotidian schreibt, daß die Manifestanten, deren Teilnehmerzahl von der monarchistischen Presse auf 150 000 geschätzt wurde, in Wirklichkeit erst 60 000 Teilnehmer erreicht habe, den Intentionen ihrer Veranstalter keineswegs entsprachen habe. Auch der Korrespondent des Journalen stellt fest, daß die Stahlhelmsleute Berlin „nicht erobert“ haben und die Bevölkerung in der übergroßen Mehrheit den Stahlhelmsdemonstrationen eine überaus feindliche bzw. kühl Haltung entgegengebracht habe. Trotzdem aber müßte ein unparteiischer Ausländer, der am Sonntag die in militärischen Formationen marschierenden Stahlhelmsleute gesehen habe, einen durchaus schlechten Eindruck nach seiner Heimat mitzurücknehmen.

Nur einzelne Zwischenfälle

Berlin, 9. Mai (Radio)

Im großen und ganzen ist auch der gestrige Abend in Berlin ruhig verlaufen. Vereinzelt kam es noch zu kleineren Zwischenfällen, so daß die Polizei eingreifen mußte. Vor allem am Hermannsplatz in Neuföllm griff wiederholt berittene Bereitschaft mit blander Waffe ein. Die dort zu Hunderten zusammengehenden Kommunisten verzogen sich erst langsam, nachdem die unter ihnen befindlichen Hauptführer sich beruhigt hatten. Die Mitteilung der roten Fahne, daß Tausende von Reichsbannerleuten sich an der „kommunistischen Gegen demonstration“ beteiligten, ist frei erfunden. Im einzelnen meldet die Montagsausgabe des Berliner Sozialanzeigers über die vorgefallenen Zwischenfälle u. a.: An der Ecke der Berliner Straße habe man die Kommunisten durch berittene Schupo auseinandergetrieben. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sollen sich vor der „Neuen Welt“ in der Halenheide — einem Stahlhelmquartier — Hunderte von Kommunisten angeammelt haben, um die vereinzelt ankommenden Stahlhelmer zu belästigen. Ein Privatauto mit Stahlhelmsleuten wurde angeblich angehalten und umgeworfen. Die Insassen sollen geschlagen worden sein. Außerdem wird gemeldet, daß auf dem Leopoldplatz ein einzelner Stahlhelmer überfallen wurde und schwere Gesichtsverletzungen davontrug. So daß er ins Birchow-Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort soll zeitweilig auch noch ein anderer Stahlhelmsmann aus Kostock bewußtlos niedergelegen. In der Danziger Straße griffen 30 Kommunisten 6 Stahlhelmsleute an. Zwei trugen Kopf- und Gesichtsverletzungen davon. Um die Mittagszeit des Sonntags bildete sich am Riddingsplatz bis zum Kriegervereinshaus in der Chausseestraße ebenfalls größere Truppen von Kommunisten. Auch hier schritt die Polizei ein. An der Ecke Artillerie- und Auguststraße wurde ein Zug von Stahlhelmsleuten von 300 Kommunisten mit Föhlern und Wäffeln der Internationalen begrüßt.

Vor neuen Aufgaben

Dr. Paul Hertz

Der Reichstag wird am 10. Mai seine Arbeit aufs neue beginnen. Mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Parteitag, der vom 22. bis 27. Mai in Kiel stattfindet, dürfte er bereits am 21. Mai die Pfingstpause eintreten lassen. Am 14. Juni soll er dann wieder zusammentreten. Man hofft die bis dahin vorliegenden Aufgaben bis Ende Juni oder Anfang Juli zu erledigen. Ob diese Annahme richtig ist, wird aber sowohl von dem Umfang der Arbeiten als auch von der Art ihrer Erledigung abhängen.

In einer Artikelserie der „Kreuz-Zeitung“ hat Graf Westarp inzwischen zu beweisen versucht, daß die Rechtskoalition in den wenigen Wochen ihrer Herrschaft ausgezeichnet gearbeitet hat und die innere Uebereinstimmung der Regierungsparteien sehr weit gediehen sei. Daß die Deutschnationalen mit der bisherigen Arbeit des Reichsblochs außerordentlich zufrieden sind, kann man anlässlich ihrer Erfolge wohl verstehen. Von einer inneren Harmonie der Regierung aber ist trotz alledem nichts zu spüren. Im Gegenteil! Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Stresemann und Curtius auf der einen, Schiele auf der anderen Seite wegen der Handelspolitik, die Gefährdung der Außenpolitik durch den Hertzschen Vorstoß haben zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Reichsregierung geführt. Nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen ist also die Basis der jetzigen Rechtskoalition.

Trotz alledem wird man die Krisengerüchte, die von einem nahen Zerfall der Rechtskoalition zu berichten wissen, nicht allzu ernst nehmen dürfen. Sicherlich bestehen unter den Regierungsparteien über viele Fragen erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Das gilt in erster Linie von der Wirtschaftspolitik, die durch die schützöllnerischen Absichten der Deutschnationalen sogar schon die Gegnerschaft der Industrie hervorgerufen haben. Auch wird man annehmen dürfen, daß Herr Stresemann über den von den Deutschnationalen gegen ihn geführten persönlichen Kampf sehr erbost ist und die Deutsche Volkspartei langsam einzieht, daß sie in der Rechtskoalition das fünfte Rad am Wagen darstellt. Dennoch ist gegenwärtig — darin hat Graf Westarp vollkommen Recht — der Gegensatz innerhalb der bürgerlichen Parteien wesentlich geringer als der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie.

Das zeigt sich ganz deutlich, wenn man die Aufgaben betrachtet, die der Reichstag vor der Sommerpause zu erledigen hat. Unter der politischen Fragen ist die bedeutendste die Stellungnahme zum Republikgesetzgesetz. Am 21. Juli verliert das am fünf Jahre erlassene Gesetz seine Geltung. Das dritte Kabinett Marx hatte beschlossen, das Republikgesetz zu verlängern und damit eine evtl. Rückkehr des Kaisers nach Deutschland unmöglich zu machen. Die Deutschnationalen, die durch die Zustimmung zur Verlängerung des Republikgesetzes eine weit sichtbare Schwächung ihrer Stellung zur Republik vorzunehmen würden, sträubten sich natürlich heftig gegen diese Zumutung. Das Reichskabinett hat infolgedessen bis in die letzten Tage hinein keinen Beschluß über die Einbringung einer Vorlage gefaßt. Aber einem Artikel des deutchnationalen Abgeordneten Freytag-Loringhoven, der auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen steht, läßt sich entnehmen, daß nicht einmal in dieser Frage unüberwindliche Differenzen innerhalb der Regierungskoalition bestehen.

Die übrigen politischen und kulturellen Fragen gelangen aber vor der Sommerpause nicht zur endgültigen Entscheidung. Wenn das Reichsgesetz, das bisher überhaupt noch nicht dem Reichsrat zugegangen ist, nach an den Reichstag gelangt, so kann es höchstens in erster Lesung beraten und dann einer Kommission überwiesen werden. Seine Verabschiedung erfolgt also frühestens im Herbst oder Winter. Ähnlich steht es mit dem Straßengesetzbuch. Dieses sehr umfangreiche Gesetzgebungswerk wird ebenfalls in der Reichstagspause zunächst einer monatelangen Kommissionsberatung bedürfen.

Unter den umstrittenen wirtschaftspolitischen Fragen besitzt die Zoll- und Handelspolitik die größte Bedeutung. Der Landwirtschaft sind die jetzigen Lebensmittelszölle noch zu niedrig, während die Industrie bereit ist, gegen Zugeständnisse des Auslandes auf industriellem Gebiet die jetzigen Agrarzölle zu unterlassen. Diese Meinungsverschiedenheiten spielen sowohl bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Polen als auch mit Frankreich die Hauptrolle. Hinzu kommt, daß der jetzige Zolltarif am 31. Juli d. J. abläuft. Es muß infolgedessen entweder ein neuer Zolltarif geschaffen oder der jetzige verlängert werden. Die Reichsregierung will das letztere. Doch wollen auch hierbei die Agrarier die Erhöhung der Lebensmittelszölle durchsetzen. Herr Schiele verlangt die Erhöhung des Getreidezolls von 5 RM. auf 6 RM., des Zuckerzolls von 10 RM. auf 15 RM. Die Zollfreiheit für Gefrier-

fleisch soll überhaupt beseitigt werden. Ebenso soll der Kartoffelzoll erhöht werden.

Auch finanzpolitisch stehen wichtige Entscheidungen bevor. Die im Finanzausgleichsgesetz versprochene reichsgesetzliche Regelung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Hauszinssteuer soll nach den Ankündigungen von Dr. Köhler noch vor der Sommerpause erfolgen, ebenfalls die Zundersteuervorlage, die mit der Erhöhung des Zunderzolls verbunden wird. Auch wird die Reichsregierung einen Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Steuerverwaltung vorlegen, dessen baldige Erledigung ebenfalls gewünscht wird. Wahrscheinlich wird auch die Neuordnung der Entschädigung der Liquidationsgeschädigten beraten werden müssen und von der Reichsregierung zu verlangen sein, daß sie das Versprechen auf Erhöhung der Bezüge der Kriegsschädigten und der Beamten einstellt.

Von den sozialpolitischen Problemen ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz sowohl dem Umfang als auch der Tragweite nach das bedeutsamste. Seit Wochen beschäftigt sich der sozialpolitische Ausschuß mit der Einzelberatung dieser schwierigen Materie. Weitere Wochen werden vergehen, ehe das Plenum des Reichstags die endgültige Erledigung vornehmen kann. Die Reichsregierung legt entscheidenden Wert auf die Verabschiedung des Gesetzentwurfs vor der Sommerpause, damit der Reichssetz von den Lasten der Arbeitslosenfürsorge ab 1. Oktober befreit werden kann. Auch der Mieterschutz muß den Reichstag noch beschäftigen. Sowohl das Mieterschutzgesetz als auch das Reichsmietengesetz laufen am 30. Juni d. J. ab. Die Wirtschaftspartei hat bereits in einem Gesetzentwurf verlangt, daß das Reichsmietengesetz, das Mieterschutzgesetz und das Wohnungsmangelgesetz am 1. Juli 1927 außer Kraft treten sollen und daß die Wohnungsämter und Mieteinigungsämter spätestens bis zum 1. Oktober 1927 aufzulösen sind. Wird die Reichsregierung es wagen, diesem Antrage zu entsprechen und die Mieterschutz unüberlehbaren Gefahren, ja Katastrophen auszuliefern?

An Arbeit wird es dem Reichstage in den nächsten Wochen also nicht fehlen. Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen ist der Rechtsblock darin einig, auf kapitalistischen Wegen durch Bevorzugung der Interessen der Besitzenden die politischen Aufgaben zu lösen. Er denkt infolgedessen nicht daran, seine Versprechungen auf Schutz der Schwachen zu erfüllen. Mehr noch als in den vergangenen Monaten wird deshalb künftig der Schutz der Interessen der werktätigen Volksmassen allein in den Händen der Sozialdemokratie liegen. Durch sachliche und entschiedene Opposition wird sie diese Aufgabe zu erfüllen suchen, das Vertrauen der Volksmassen erwerben und den Tag erfolgreicher Abrechnung vorbereiten.

Gollen die Banken aufwerten?

Zusammenstöße im Rechtsausschuss

Berlin, 7. Mai

Das Aufwertungsgesetz steht u. a. völlige Freistellung der Banken von jeder Aufwertung vor. Die Sozialdemokratie hat schon bei der Beratung des Gesetzes im Jahre 1925 gegen diese Vorzugsstellung der Geldinstitute Einspruch erhoben. In den letzten zwei Jahren hat sich die Lage der Banken enorm verbessert. Die sozialdemokratische Fraktion machte deshalb aus Anlaß der Reubereitung einiger Gesetzesänderungen einen erneuten Vorstoß. Schon am Freitag hatte die Debatte, eröffnet von dem Genossen Lejer, ihren Anfang genommen. Die Regierungsparteien beschloßen darauf, zu Sonnabend vormittag die sogenannten Sachverständigen der Wirtschaft, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsbankpräsidenten, zu laden. Um sie als Deckung zu benutzen, hinter der sie ihre Liebe für das Bankkapital verbergen konnten.

Am Sonnabend wurde dann die Debatte aufs neue eröffnet und auf breitere Basis gestellt. Der

Gen. Dr. Reber

begründete nochmals eingehend den sozialdemokratischen Antrag: Die Banken haben im Jahre 1926 Rekordgewinne erzielt. Seit dem Jahre 1909 war nie mehr solch Bankenjahr wie das letzte Geschäftsjahr. Ungeheure Reserven konnten die Banken, die Großbanken insbesondere, anammeln. Und trotzdem sind die Dividenden allgemein um rund 3 Proz. gestiegen. Und das zu einer Zeit, wo der Zinsfuß allgemein sank. Der Herr Reichsbankpräsident habe darauf hingewiesen, daß die jetzigen Gewinne der Banken aus dem Effektivgeschäft herkommen, und daß das ein sehr ungesundes Geschäft sei. Das mag sein, aber die dabei verdienten Gelder sind sehr gesund. Außerdem haben die Banken bei ihrem Emissionsgeschäft von rund 5 Milliarden auch außerordentlich verdient. Der beste Maßstab für das Bankgeschäft seien die Aktienkurse der Banken, die durchschnittlich um 75 Proz., teilweise aber um über 100 Proz. im Laufe des letzten Jahres gestiegen seien.

Könne man, so fuhr der sozialdemokratische Sprecher fort, diesem so enorm angeschwollenen Bankkapital nicht zumuten, daß es ebenso seine Spareinlagen aufwerte wie die kleinen Sparanlagen? Der sozialdemokratische Antrag verlange deshalb, daß Bankanlagen mit mindestens sechsmonatlicher Kündigungsfrist um mindestens 12 1/2 Proz. aufzuwerten seien. Das gleiche soll gelten für die Sparanlegen von Bankinstituten und für Sparkassen, die nicht unter Staatsaufsicht stehen. Auch gegen den Verlust einiger Banken, sich von der Hypothekenaufwertung zu befreien, richtete sich der sozialdemokratische Antrag.

Die Regierungsparteien ließen daraufhin nochmals die Sachverständigen aufmarschieren. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der Vizepräsident der Reichsbank machten längere, zum Teil ziemlich scharfe Ausführungen gegen den sozialdemokratischen Antrag und seine Begründung. Dabei kam es zu teilweise heftigen Erörterungen. Die Regierungsvertreter suchten immer wieder zu beweisen, daß eine Befreiung der Banken mit der Aufwertung „ungerecht und unbillig“ sei. Die Banken hätten die Einlagen nicht wert-

beständig anlegen können und befähigen folglich keine Deckungsmasse, aus der die Aufwertungskosten bestritten werden könnten. Nachdem so die Regierungsvertreter das „sachliche Material“ zur Begründung der Ablehnung der Anträge geliefert hatten, erhoben sich die Vertreter der Regierungsparteien der Reihe nach, um zu erklären, daß „zu ihrem Bedauern“ eine Möglichkeit zur Annahme der Anträge nicht bestehe.

Von sozialdemokratischer Seite wurde ihnen entgegen, die Befreiung durch die Aufwertung ließe sich sehr wohl der Leistungsfähigkeit der Banken anpassen und auf eine Reihe von Jahren verteilen. Aber es fehle eben der gute Wille, wenigstens das zu gewähren, was in den Grenzen des Möglichen liege.

Die Anträge wurden sämtlich gegen die 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Es bleibt somit bei der völligen Befreiung der Banken von jeder Aufwertungsverpflichtung.

In der Sonnabend-Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags nahm zunächst Reichsjustizminister Herzog das Wort, um sich zu verteidigen gegen den in der Rechtspresse veröffentlichten Brief des Grafen v. Poladowsky. In diesem Brief hatte Graf Poladowsky Herrn Herzog vorgehalten, daß er im Jahre 1924 erklärt habe, binnen 24 Stunden werde dem Reichstag eine Aufwertungsvorlage mit 100prozentiger Aufwertung vorgelegt, wenn die Deutschnationalen in die Regierung kämen. Dieses Versprechen habe er gebrochen. Herzog erklärte, er habe diese Darstellung schon früher als „gemeine Lüge“ bezeichnet. Nicht so allerdings, daß er in der Reichstags-Sitzung vom 28. Juni 1924 durch einen Zwischenruf erklärt habe, wenn die Deutschnationalen in die Regierung kämen, würde binnen 24 Stunden ein Aufwertungsgesetz eingebracht. Von einer 100prozentigen Aufwertung habe er nie und nirgends gesprochen. Er bedauere, daß ein Mann vom Ansehen des Grafen Poladowsky sich zum Opfer ungünstiger Darstellungen habe machen lassen.

Poladowsky war Mitglied der Deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung, steht also parteipolitisch Herrn Herzog nicht fern. Sein Wortruf gegen Herzog muß von diesem in der ersten Hälfte als berechtigt zuwachen werden. Was die zweite Hälfte betrifft, so hat vielleicht Herzog das Wort 100 Proz. nicht ausgesprochen. Kelt steht aber, daß er und seine Partei den Wahlkampf im Mai und im Dezember 1924 geführt haben mit der Parole: „Wiederherstellung des Rechts zugunsten der alten Sparer und Gläubiger.“ Das ist damals als 100prozentige Aufwertung ausgedeutet worden und sollte so ausgelegt werden. Kelt steht ferner, daß sich die Deutschnationalen damals zum Teil sogar durch schriftliche Verpflichtung auf die Vorschläge der Sparerverbände festlegten und den Herrn Dr. Best als Bevollmächtigten auf ihren Reichswahlversammlungen angenommen haben. Kelt steht endlich, daß sie sofort nach der Dezemberwahl alle ihre Versprechungen verweigerten. Herrn Best aus der Fraktion hinausgeworfen und schließlich eine Aufwertung beschlossen haben, die eine völlige oder nahezu völlige Entwertung der Sparer und Gläubiger bedeutete.

Stresemann winkt mit dem Zaunpfahl

Sielesfeld, 9. Mai (Radio)

Der Reichsangelegenheitenminister sprach am Sonntag auf einer Tagung der Deutschen Volkspartei über die außenpolitische Lage. Er stellte zunächst fest, ohne daran wahrscheinlich selbst zu glauben, daß ihm bei der Fortführung der Außenpolitik durch das Kabinett bisher Hindernisse nicht bereitet worden sind.

Dann fuhr er fort: Wenn Kundgebungen in Deutschland, die insbesondere an die Tradition der alten Armee anknüpfen, etwa mit einem Abweichen mit dieser Außenpolitik in Verbindung gebracht werden, so ist das eine völlig falsche Darstellung. Die in Deutschland bestehenden Organisationen dieser Art sind schließlich doch nur der psychologische Reflex der einseitigen deutschen Abwertung. Sie dürfen ihre Bedeutung, vielleicht sogar ihre Existenz in dem Augenblick verlieren, indem der deutschen Abwertung die Abwertung anderer Völker folgt. Im übrigen ist in der Regierungserklärung des neuen Kabinetts offen davon gesprochen worden, daß die Reichsregierung jede Politik der Revanche ablehnt. Und schließlich ist doch auch mein Name mit der Außenpolitik der letzten Jahre so verbunden, daß ich Außenminister nicht bleiben könnte, wenn es dieser grundsätzlichen Einstellung zur Außenpolitik sich etwas änderte. Bisher sind aber keine Vorgänge zu verzeichnen, die als ein solches Abweichen gelten können.

Der Außenminister wandte sich dann in ganz unzweideutiger Form gegen seinen deutschnationalen Ministerkollegen Herrn Juppel-Hergt, indem er ausführte: Was die Erörterungen über ein Locarno anbelangt, so ist unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, insbesondere zu Polen, geregelt durch Abmachungen, die in Locarno getroffen worden sind. Diese Lage hat schon das neue Kabinett vorgefunden und sie durch nachmalige Kasparische der Anerkennung aller bestehenden Verträge besonders unterstrichen. Unser Verhältnis zu Polen ergibt sich daher aus der hierdurch geschaffenen Grundlage.

Westarps zwinge Schmach

Berlin, 9. April (Radio)

In Solothurn hielt der deutschnationale Graf Westarp eine Rede, in der er nach den vorliegenden Meldungen erklärte, daß die Deutschnationalen an der Wiedererrichtung des Kaiserthums teilhaben. Sie hätten bei der letzten Regierungsbildung nur anerkannt, daß keine geschäftlichen Angelegenheiten gegen Schwarz-Rot-Gold geführt werden sollen. Im übrigen sei die Hauptaufgabe der Deutschnationalen, die Reichsregierung jetzt auch in den Ländern ans Nieder zu bringen.

Am Sonnabend tagte in Berlin unter dem Vorsitz der Ostpreussischen Partei die Reichsversammlung der Deutschnationalen Reichsversammlung. Graf Westarp, der in der Rede seine Bemerkungen über die sogenannte Partei als eine Entschädigung in der des politischen Glaubensbekenntnis in den Worten zusammenfaßte: „Mit Gott für König und Vaterland! Mit Gott für Kaiser und Reich!“

Es ist das nicht Neues. Das Neue liegt lediglich in der fortgesetzten Forderung der Erneuerung des Reichs, sowohl die deutschnationalen Konfessionsparteien als auch die Sozialdemokraten und die Arbeiterpartei. Die Sozialdemokraten sind es, die die Außenpolitik haben. Die Sozialdemokraten sind es, die die Außenpolitik haben. Die Sozialdemokraten sind es, die die Außenpolitik haben.

Die Russen in Genf

Sokolnikow als Wirtschaftler, Ossinski als Agitator

Agrardebatten

Genf, 7. Mai. (Sig. Drahtüber.)

Die Sonnabend-Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz leitete der Ägypter Sobih Genein ein. Er wandte sich insbesondere gegen die ungleiche und ungerechte Besteuerung der einheimischen und ausländischen Bevölkerung, die teilweise der Genehmigung der ausländischen Mächte bedürfe.

Dann sprach der ungarische Delegierte Habik, der auf die ungünstige Wirtschaftslage Ungarns hinwies, die aus der früheren Doppelmonarchie resultierte. Er erklärte zum Schluß, daß eine Besserung der Wirtschaftslage Ungarns nur zu erwarten sei, wenn auch eine Revision der Friedensverträge vorgenommen würde.

Agrardebatten

Er sprach dann als Vertreter Deutschlands der frühere Ernährungsminister Hermes. Die Landwirtschaft ließe inmitten einer großen Krise, weil ihre Preise härter gesunken seien als die der Industrie. Die entscheidende Ursache dieses Preissturzes habe nicht in einer Ueberproduktion, sondern vielmehr in der Verarmung der Kaufkraftverminderung weiter Bevölkerungsteile Europas und besonders des industriellen Europas gelegen. Die Wurzel des Übels aber liege für Europa in den großen strukturellen Veränderungen als Folge des Krieges, u. a. in der Verminderung der wirtschaftlichen Produktivität Osteuropas, in der wirtschaftlichen Zersplitterung Mitteleuropas und in der Ueberbelastung mit unproduktiven Ausgaben. Es fehlten also wesentliche Vorbedingungen, um den Wohlstand vom Fundament aus wieder aufzurichten.

Das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt, das durch den Krieg und seine Folgen gestört worden sei, könne nur wiederhergestellt werden, wenn die allgemeine Kaufkraft der Völker nicht nur auf das Vorkriegsniveau erhöht werde, sondern noch darüber hinaus, um die gesteigerte industrielle Produktion aufnehmen zu können. Das hänge wesentlich auch von der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung ab. Eine blühende und landwirtschaftliche Landwirtschaft sei in der Lage, durch Abnahme eines größeren Teiles der industriellen Erzeugung des eigenen Landes den Ueberfluß zu verringern, der auf dem Weltmarkt untergebracht werden müsse.

Hinsichtlich kam der russische Delegierte Sokolnikow zu Wort. Er leitete seine Ausführungen mit dem Hinweis ein, daß die Bedeutung Sowjetrusslands wohl keine Einladung zur Wirtschaftskonferenz gerechtfertigt habe. In einer verhältnismäßig kurzen Zeit freier Entwicklungsmöglichkeit habe Sowjetrussland bisher keine Position so weit hergerückt und neu geordnet, daß sie den Vorkriegsstand erreicht und teilweise überschritten habe. Der russische Wirtschaftler sei gekennzeichnet durch eine nur noch 18prozentige industrielle und 52prozentige landwirtschaftliche Produktion gegenüber der Vorkriegszeitproduktion. Heute betrage die Gesamtproduktion der Sowjetrepublik, gemessen an den Zahlen von 1913 sieben Milliarden Rubel, 1925/26 insgesamt 7,3 Milliarden Rubel und 1926/27 über 8 Milliarden Rubel. An Investitionen seien im Jahre 1925/26 rund 1,4 Milliarden Rubel und im laufenden Jahre 1926/27 annähernd 1,4 Milliarden Rubel aufgewandt worden. Die gesamten industriellen Salagen des Wirtschaftsjahres 1925/26 beliefen sich auf 2,2 Milliarden Rubel und 1926/27 auf 3,12 Milliarden Rubel.

Weiter führte Sokolnikow aus, daß das Kleinbauerntum noch hintergeordnet sei und vorwiegend noch lange Zeit bestehen werde. Auf allen Gebieten der russischen Wirtschaft gelte das oberste Ziel eine möglichst rationelle und rasche Verbesserung der Produktion. Als Grundlage dazu diene in erster Linie ein Arbeitsprogramm, mit dem sämtliche Wirtschaftszweige miteinander in Beziehung und Ueberreife gebracht werden. Die Hauptelemente dieses Arbeitsprogramms seien das Budget, der Wirtschaft-

plan, der Ein- und Ausführplan, der Plan für Getreideaufkäufe, der Kreditplan und ein Gesamtwirtschaftsplan für die nächsten fünf Jahre. Durch diese Pläne solle neben einer Garantie der Produktionssteigerung auch ein direkter Ausgleich zwischen den verschiedenen Regionen und Wirtschaftszweigen und Bevölkerungsstufen herbeigeführt werden. Andererseits werde der Arbeiterschaft die Gelegenheit gegeben zu tatkräftiger Kritik.

Am Nachmittag sprach ein Südlane und ein Türke sowie der russische Delegationschef Ossinski. Er kritisierte den Privatkapitalismus, die Verteilung der Nationalvermögen, die Arbeitslosigkeiten, die Kaufkraft der Arbeiter usw. Dann sprach er vom Kampf des Kapitalismus der verschiedenen Länder unter sich und von seinem Boykott gegen die Sowjetrepublik. — Der Weltkrieg sei die gewalttätige Lösung der in vierzig Jahren angehäuften Widersprüche gewesen, unter dem kapitalistischen System treibe die Welt einem neuen Kriege zu, wenn sie nicht zum sozialistischen Wirtschaftssystem übergehe. Die Vorschläge Louchours in seiner Berliner Rede bezeichnete Ossinski als imaginär, wobei er unseren Genossen Louchour verhöhnte, der den Vorschlägen Louchours eine demokratische Fassade geben wolle.

Ossinski verteidigt die Zölle

als Ausgleichsmittel zwischen den Wirtschaften der verschiedenen Länder. Zum Schluß legte er eine Reihe von Thesen vor: Annulierung aller Kriegsschulden, allgemeine Lohnerhöhung und Hebung der Kaufkraft, Wiederherstellung des Achtstundentages und der vollen gewerkschaftlichen Freiheit, Unterstützung der Arbeitlosen, Kampf gegen die Preissteigerung der Rente, Abschaffung aller Arten von Protektionen und Mandaten, Rückzug der Kolonialtruppen nach Beendigung aller Feindseligkeiten gegen China, Einstellung jedes wirtschaftlichen und politischen Boykotts gegen und Gewährung von Krediten an Sowjetrussland sowie vollständige Abrüstung. Die Rede Ossinskis wurde als eine stark pointierte Propagandarede empfunden im Gegensatz zu derjenigen Sokolnikows, die den Eindruck einer sehr geschickten Annäherungsrede gemacht hatte.

Louchour fasste die allgemeine Aussprache zusammen und zog daraus gewisse Schlussfolgerungen für die Arbeit in den Kommissionen: Für die Befreiung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Verbot sei auf den Europäer eine Staatenkonferenz einberufen, die Schaffung einer europäischen Zollunion sei noch nicht möglich, fordern höchstens ein schriftlicher Abban der Zölle, wozu die Konferenz die Vereinheitlichung der Warenverzeichnisse und eine größere Dauer der Handelsverträge und Zolltarife empfehlen könne. Für die Industrie empfiehlt Louchour eine vermehrte Rationalisierung durch Abschluß von internationalen Kartellen. Dabei müßten jedoch die erforderlichen Kontrollmaßnahmen zum Schutze der Arbeiterschaft und Konsumenten vorgezogen werden.

Zouhaug gegen Ossinski

Nach der Rede Ossinskis hat Genosse Zouhaug auf Anfrage verschiedener Journalisten folgende Erklärung abgegeben: Er habe es vermieden, dem Russen in der Konferenz zu antworten, weil er nicht in voller Öffentlichkeit den Eindruck machen wollte, daß die beiden Richtungen des Sozialismus in der Wirtschaftskonferenz einen Kampf gegeneinander führen. Ferner habe er nicht öffentlich feststellen wollen, daß in den beiden Reden der russischen Delegierten, von denen die am Vormittag eine Annäherungsrede, die am Nachmittag eine Propagandarede war,

Verzicht auf die Weltrevolution

enthalten sei. Von den Punkten, welche die Russen der Konferenz vorgelegt haben, stellte Zouhaug fest, daß sie sämtlich im Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes von 1919 in Bern bei der Wiederherstellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes enthalten seien. Er, Zouhaug, sehe somit davon ab, festzustellen, daß die russischen Genossen nach acht Jahren sich zu diesem Programm bekennen und damit abgeben, daß sie sich seit 1919 getrennt haben.

Wer fehlt bei namentlichen Abstimmungen?

Von Hermann Müller-Granten

Dem Kieler Parteitag liegt ein halbes Duzend Anträge vor, die verlangen, daß gegen Abgeordnete, die im Reichstag und in den Landtagen bei wichtigen Abstimmungen unentschuldig fehlen, das verschärfte Mißtrauen ausgesprochen werden soll. Wer die Begründung der Anträge liest, wird mit den Antragstellern darin durchaus einverstanden sein, daß von den Abgeordneten genau wie von jedem Genossen in den Betrieben restlose Pflichterfüllung zu verlangen ist. Das Mandat des Abgeordneten ist das höchste Ehrenamt, welches das Volk zu vergeben hat. Die Ausübung des Mandats muß deshalb für jeden Mandatsträger wichtigste Pflicht sein.

In dem Antrag „Mödern“ ist ganz richtig hervorgehoben, daß das Mißtrauen nur bei unentschuldigtem Fehlen am Plage ist. Der Antrag „München“ will als Entschuldigung nur Krankheit oder unaufschiebbare Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten gelten lassen, der Antrag „Nürnberg“ nur unabänderliche persönliche Verhältnisse. Unterziehen wir als praktisches Beispiel nun einmal das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über das Arbeitszeitgesetz vom 8. April 1927. Das Sekretariat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in Nr. 4 der Parlamentarischen Blätter, im Mitteilungsblatt des Parteivorstandes die Namen der 18 fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten veröffentlicht und in Klammer die Gründe angeführt, die die Abwesenheit entschuldigen sollen. Es ergab sich dabei, daß aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fehlten: wegen Krankheit 9, wegen Vorbereitung eines Bezirksparteitages 2 und ferner je einer wegen Teilnahme an den Verhandlungen über die Regierungsbildung eines Landes, wegen einer großen öffentlichen Volksversammlung, wegen der Führung der Geschäfte des Staatspräsidenten, wegen Verteidigung in einem politischen Prozesse, wegen Teilnahme an Verhandlungen als Schlichter, wegen Tarifverhandlungen einer Gewerkschaft und endlich eine Genossin wegen Abfahrt zu einer Amerikareise.

Der hier untersuchte Fall dürfte typisch sein. Ich kann das als geschäftsführender Vorsitzender der Fraktion mit Recht behaupten, weil Parteigenossen, die unaufschiebbare Geschäfte wahrzunehmen haben, regelmäßig zu mir kommen und sich entschuldigen, sobald eine wichtige namentliche Abstimmung bevorsteht.

Geht man den angegebenen Entschuldigungsgründen einmal im einzelnen nach, so muß festgestellt werden, daß sich die angegebenen Fälle selten vermeiden lassen. Von den Krankheitsfällen ist dabei ohne weiteres abzusehen. Liegt in den übrigen Fällen Überlastung mit Aemtern vor, die es den betreffenden Parteigenossen nicht möglich macht, ihre Pflicht zu erfüllen? In Wirklichkeit ist die Zahl der Doppelmandate in der Reichstagsfraktion heute ganz gering. Wenn die Parteigenossen eines Landes Wert darauf legen, daß ein Abgeordneter gleichzeitig im Reichstag und Landtage sitzt, so tun sie das, weil sie die Überzeugung haben, daß eine solche Aufrechterhaltung der Fühlung mit der Reichspolitik der Politik ihrer Landtagsfraktion nützlich ist. Uebrigens machen die Parteigenossen einiger Länder von dieser Möglichkeit nicht einmal Gebrauch. Für die Reichstagsfraktion kann ich andererseits feststellen, daß es uns nicht nur stets angenehm, sondern auch nützlich gewesen ist, daß zwei führende preussische Politiker wie Otto Braun und Karl Severing gleichzeitig in der Fraktion des Reichstages und des Preussischen Landtags saßen und sich so laufend über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu allen Gesetzesvorlagen orientieren konnten.

Ebenso ist es für die Reichstagsfraktion von größtem Wert, daß führende Genossen aus den Gewerkschaften ständig in der Fraktion mitarbeiten. Wer den großen Pflichtenkreis kennt, in dem ein Gewerkschaftsführer zu arbeiten hat, wird verstehen, daß an manchem Tage, wenn wichtige Gewerkschaftsarbeiten auf dem Spiele stehen, die Pflicht des Gewerkschaftsführers der Pflicht des Abgeordneten vorausgehen muß. Einer der fleißigsten Reichstagsabgeordneten war sicher der so jahrestarke Robert Döhnann. Aber als Vorsitzender des Metallarbeiter-Verbandes war er oft gezwungen, an Verhandlungen seiner Gewerkschaft im Reiche teilzunehmen und mußte sich so der Teilnahme an der einen oder anderen Abstimmung entziehen.

Besonders hervorgehoben sei jedoch, daß fortwährend zu mir als Fraktionsvorsitzender Genossen kommen, die sagen, daß sie die Sitzung verlassen wollen, weil sie sich zu einem Referat in einer öffentlichen Versammlung oder auf einer Bezirks- oder Unterbezirkskonferenz ihres Wahlbezirktes oder eines anderen Wahlkreisverpflichtet hatten. In vielen Fällen habe ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren können, den Genossen zu sagen, daß sie wegen einer wichtigen Abstimmung eine einberufene Parteiverammlung sitzen lassen sollen, denn nicht in allen Fällen ist noch rasch genug geeigneter Ersatz zu schaffen. Wenn die Organisationen von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie stets im Reichstage präsent sind, um restlos ihre Pflicht zu erfüllen, so müßten sie die Abgeordneten während der Tagung des Reichstages von der Teilnahme an Versammlungen und Konferenzen entbinden. Ich brauche wohl nicht besonders zu vermerken, daß das durchaus kein unwünschenswerter Zustand wäre. Ich selbst gehöre zu den Abgeordneten, die fast an sämtlichen Abstimmungen teilnehmen, aber ich habe z. B. im April auch einen Feiertag gehabt, weil ich zu einer Bezirkskonferenz reisen mußte, auf der zu referieren ich mich Wochen vorher verpflichtet hatte. Das Vektore spielt nämlich auch eine Rolle. Die Dispositionen des Reichstages sind nicht auf Tage geschweine denn Wochen festzulegen. Wer auch nur 8 Tage vorher sich zur Abhaltung einer Versammlung verpflichtet, kann niemals mit Sicherheit wissen, ob an jenem Tage eine wichtige Abstimmung stattfindet oder nicht.

Wer so im einzelnen untersucht, welche Gründe gegebenenfalls die Abgeordneten veranlassen, im Reichstag zu

fehlen, wird zugeben müssen, daß eine Veröffentlichung der Namen und der Gründe des Fehlens — denn beides zusammen könnte nur in Betracht kommen — der Abgeordneten keinerlei wesentliche Besserung mit sich bringen und deshalb ihre Zwecke verfehlen würde.

Endlich heißt es im Antrage „Hannover“, daß das Fehlen der Abgeordneten von den Gegnern politisch agitatorisch ausgenutzt würde und dies unmöglich gemacht werden müsse. Bei der angezogenen Schlussabstimmung über das Arbeitszeitgesetz haben 9 Kommunisten und außerdem 6 aus der kommunistischen Reichstagsfraktion hinausgeworfene Linke Kommunisten gefehlt, im ganzen also 33 Gegner des Gesetzes. Von den Regierungsparteien und den Anhängern des Gesetzes haben aber 67 gefehlt. Das überrascht nicht, denn es ist bekannt, daß eine große Anzahl den industriellen Scharfmachern nahestehender deutschnationaler und deutschnationaler Abgeordneter für das Zustandekommen gerade dieses Gesetzes keinerlei Interesse zeigten.

In England, dem Mutterland der Parlamente, hat sich seit langem die Gewohnheit herausgebildet, daß ein Abgeordneter, der aus triftigen Gründen dem Parlament fernbleiben muß, sich erkundigt, ob ein gegnerischer Abgeordneter nicht auch Ursache zum Fehlen hat. Sie vereinbaren dann zu einem bestimmten Tage ihre gemeinsame Abwesenheit. Man nennt das „abpaaren“. In Deutschland haben wir leider sozial Parteien, daß dieser Gewohnheitszustand sich nicht leicht auf unsere Verhältnisse übertragen läßt. Aber ich glaube auch nicht, daß es notwendig wäre, mit den deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Vereinbarungen über das Abpaaren zu treffen, weil meiner festen Überzeugung nach ein nicht zu entschuldigendes Fehlen eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Fraktion bei wichtigen Abstimmungen so sehr unschön ist, daß besondere parteiunabhängige Vorschriften gegen Verletzung der Pflichten des Abgeordneten nicht erlassen zu werden brauchen.

Im Lande des Wirtschaftswunders

Aus Briefen zweier junger deutscher Arbeiter

Von August Siemsen

Dem deutschen Arbeiter, der nach Amerika geht und dort als Industriearbeiter die amerikanischen Verhältnisse mit den deutschen vergleicht, wird sich vieles anders darstellen als dem Politiker oder Gewerkschaftler, der in Gesellschaft einer Instruktionsreise von einigen Wochen oder ein paar Monaten unternimmt. Ich stehe in Briefwechsel mit zwei jungen Parteigenossen, die seit längerer Zeit in St. Louis arbeiten. Es scheint mir, daß manches, was sie von ihren Eindrücken und Erlebnissen berichten, auf weitgehendes Interesse rechnen darf.

Die Prosperität des Wirtschaftslebens und die Lage des gelehrten Arbeiters stellt sich in diesen Briefen viel weniger rosig dar, als wir es im allgemeinen zu hören gewohnt sind:

„Alles, was man hört, heißt: Amerika ist das beste Land der Welt, niemand kommt diesem Staate gleich; es besitzt das größte Kapital, und die Menschen leben wie in einem Paradies. Es ist nicht abzutreten, daß Amerika das reichste Land ist; aber doch scheint es mir, daß sie hier, bald an einem Wendepunkt angelangt sind. Das läßt sich aus einfachen Beispielen erkennen. Ein Arbeiter, der mit mir zusammen arbeitet, ist vor etwa vier Jahren nach diesem Lande gekommen. Er kauft, daß die Preise vor vier Jahren bedeutend niedriger waren als jetzt. Doch sind die Löhne dieselben geblieben oder zum Teil zurückgegangen. Die Hausfrau spürt das am besten. Ein anderes Beispiel ist das, daß die Produktion Amerikas in sieben Monaten herabgesetzt wird. Was machen die Arbeiter nun die andern fünf Monate?“

So der eine unserer jungen Genossen! Der andere, der erst später hinübergegangen ist, hat selbst allerlei Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür machen müssen:

„Nach einer Woche hatte ich in St. Louis Arbeit gefunden. Es war eine deutsche Bude. Mein Lohn betrug für die Stunde 40 Cents. Wir arbeiteten 52 Stunden. In der sechsten Woche geschah folgendes: Am Sonnabend hatte ich eine halbe Stunde länger gearbeitet. Ich wollte dafür am Dienstag darauf eine halbe Stunde eher weggehen. Die Antwort war, ich könnte, wenn ich darauf bestände, morgen zu Hause bleiben. Darauf verzichtete ich und jagte kein Wort weiter. Doch es kam anders. Zu Feierabend sagte man mir ich könnte mein Werkzeug nehmen und aufhören. Dieses war die erste „Gerechtigkeit“, welche ich in Amerika erlebte. Nun suchte ich eine ganze Woche nach neuer Arbeit. Endlich bekam ich welche, doch nur fünf Tage währte die Freude, und schon war es wieder aus. Grund? Nicht genug Arbeit vorhanden. So stehe ich heute vor der Tat-

sache, wieder nach Arbeit suchen zu müssen. Das ist nicht leicht. Wenn ich morgens in der inneren Stadt bin, kann ich sehen, daß es sehr vielen Menschen ebenso geht wie mir. Ueberall bei Bekannten hört man, daß die Betriebe abbauen.“ In einem späteren Brief heißt es dann: „Ich habe Arbeit in einer größeren Schuhwerkzeug-Fabrik gefunden. Nur muß ich nachts schlafen, und zwar von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens, dazwischen ein halbe Stunde Pause (also 10 Stunden Nacharbeit!).“

Besonders interessant ist, was wir über die Wirkung der Bandarbeit und des Arbeitstempos auf die Arbeiter und über die Arbeiterbewegung zu hören bekommen:

„Was mir hier von den Ford-Werken erzählt wurde, ist weit schlimmer als das, was ich in Deutschland davon gehört habe. Das Tempo ist so schnell, das keiner nur eine Minute versäumen darf an seinen Handgriffen, sonst stößt der Bau an irgendeiner folgenden Stelle. Verschiedene Arbeiter brauchten überhaupt keine Beine. Sie sitzen auf kleinen Rollen, kurz über dem Boden und montieren hier und da noch einige Schrauben oder dergleichen an. Während das Auto schon angekurbelt ist und langsam den Raum verläßt, liegen einige Arbeiter noch unter den Wagen und machen etwas fest. Daß diese Menschen stumpfsinnig wie die Tiere sind, kann ich mir dann schon denken. Na, im nächsten Jahre sehe ich mir den Betrieb selbst an. Ich habe nämlich die Absicht, alles selbst einmal praktisch auf mich wirken zu lassen.“

Hören wir weiter unsere Briefschreiber:

„Wir haben uns hier den „Jungsozialisten“ angeschlossen. Den Namen verdienen sie aber absolut nicht. Vor irgendwelcher geistigen Arbeit keine Spur! Mit knapper Not kommen regelmäßig ein reichliches Duzend. Wir haben da ein gutes Arbeitsfeld vor uns. Hier ist die sozialistische Bewegung auf den Hund gekommen. Der erste Stoß war die Bewilligung der Kriegskredite durch die deutschen Sozialdemokraten. Und nach dem Kriege haben die Kommunisten das Uebrige getan. Der alte Redakteur der „Arbeiterzeitung“ hat uns viel berichtet. Doch er besitzt noch die volle Zuversicht und meint: warten wir noch eine kurze Zeit, bis das Geld weniger wird, und wir werden sehen, daß hier die Bewegung wieder suchen kann.“

Und im letzten, Ende März geschriebenen Brief, wird von der Absicht berichtet, die Partei wieder aufzubauen: „Seit dem Jahre 1924 ist die Parteibewegung vernachlässigt worden. Keine Versammlungen finden statt, keine Parteitätigkeit ist zu bemerken. Es fehlt fast vollständig aus. Doch jetzt will man zur Reorganisation schreiten, und zwar nicht nur in St. Louis, sondern im ganzen Staat Missouri. Sie sehen jetzt ein, daß Vorarbeit zu verrichten ist, und daß eine lebensfähige, gut organisierte Bewegung da sein muß, um früher oder später ihre Pflicht zu erfüllen.“

Die Familie Frank

Roman von Martin Andersen Mesegö

10. Fortsetzung

„Alles das war jetzt ausgeklärt und in Ordnung; aber warum in aller Welt hatte er keine Prügel gekriegt? Er konnte nicht anders, er mußte sich den Kopf darüber zerbrechen, weil dies ein so einzig dastehender Fall in den letzten Jahren seiner Praxis war.“

Sobald es sich nicht um einen Gratisausch handelte, der wurde nämlich nicht mehr bestraft.

Aber die Weste! Ach ja, die unglückselige Weste! Die hatte er bisher ganz vergessen. Und seine Frau hatte offenbar noch nicht entdeckt, daß die Weste verschwunden war!

Aha, das war der Grund ihrer Raschheit!

Aber hatte er sie denn auch wirklich abgeliefert, hing sie nicht etwa noch drinnen in der Stube am Nagel? —

Ja, leider hatte er sie abgeliefert und seine Krone dafür bekommen — — — Zum Henter, da lag der Hund begraben! Er hatte ja die ganze Zeit über gemeint, es schwebte irgendein verhängnisvolles Unglück in der Luft! Ach, ach, ach!

Schneider Frank wiegte seinen fetten Körper wie in innerem Schmerz.

Er hatte ja die Weste gar nicht abgeliefert, sondern — — das heißt, er hatte sie abliefern wollen, aber es war niemand zu Hause gewesen. Und da hatte er sie beim Tröddler hingelent, vor allem, um sich nicht mit ihr zu schleppen. — — — Daß er das hätte tun können! Ach ja!

Na, zum Glück hatte er sich nichts darauf geben lassen — wenigstens nichts Besonderes — eine Krone vielleicht? Ja, ganz recht, gerade die Krone, die die Reparatur kosten sollte! Er hätte gut mehr kriegen können, wollte sich aber bloß keinen Arbeitslohn sichern. Deswegen mußte man doch Respekt vor ihm haben!

Wenn die alte Heze das nur einsehen könnte; Aber den Teufel konnte sie's, nie würde sie es einsehen; verstockt, wie sie in diesem Punkte war.

Gott mochte übrigens wissen, was sie sich dachte! Ob sie es entdeckt hatte und wieder laienfreundlich zu ihm war, um dann ganz unversehens über ihn herzufallen?

Wenn nur der Tröddler die Weste nicht verkauft! Denn dann sah es schlimm aus.

Wäre Schneider Frank nicht der gebildete Mann gewesen, der er war, so würde er sicher angefangen haben, wegen dieser unglückseligen Weste Himmel und Hölle zu verfluchen. Aber jede heftige Verurteilung war ihm zuwider, und nicht unkonst hatte der Arzt der Stadt ihn einmal ein modernes Kulturprodukt genannt, als er ihn aus einem Rinnstein auswarf, und Meister Frank hatte ihm gedankt, mit einer tiefen Verbeugung, die ihn zum zweitenmal in den Rinnstein beförderte. Zum Glück war das ein Bankrott gewesen — einer von denen, die den Kopf klar lassen und sich auf die Beine schlagen; darum erklann er sich hernach deutlich des Kompliments, das der Arzt ihm gemacht hatte, und benutzte es bei passenden Gelegenheiten als Argument.

Meister Frank war nicht nur ein gebildeter, sondern zugleich auch ein gottesfürchtiger Mann, und statt sich gegen das Geschick aufzulehnen, legte er sanft seine fetten Hände zusammen und empfahl die Weste dem besonderen Schutze des lieben Gottes; und als das bejogt war machte er sich daran, zu untersuchen, wo die Krone geblieben sei.

Sonderbar, daß er sich nicht im geringsten erinnern konnte, wie er sie angewendet hatte; er wußte doch sonst immer, wofür er sein Geld gebrauchte.

Schau, zunächst hatte er gestern abend nichts ausgegeben, denn die drei Kunden „Bittere“ hatte der Lotterischmebe bezahlt, und Schnaps und Bier hatte Jonas Paulsen traktiert — oder seine Frau. Und Fischer Karlhen hatte eine Runde Soda gegeben, und der „deutsche John“ einmal Rum mit Zucker.

Aber später am Abend waren so viele Gäste dagewesen, daß er sich geradezu janduman bekommen haben mußte, wenn er Geld ausgegeben hätte. Er hatte doch wohl keinen Anfall seiner alten einfältigen Spendierlust gehabt?

Schneider Frank stieß plötzlich einen gemüthlichen Pfiff aus und hielt den einen Zeigefinger dicht vor seine Nase: Seht, ging ihm ein Talglicht auf.

So verhielt es sich, jawohl: in einem verhältnismäßig zeitigen Stadium hatte er eingesehen, daß er keine Verwendung für seine Krone hatte, und war so vorichtig gewesen, sie aus dem Geldbeutel in die innere Westentasche hinüberzubugeln — für alle Fälle.

Es war nämlich gut möglich, daß die anderen auf den Einfall kommen würden, mit Gewalt seinen Geldbeutel zu untersuchen, wenn sie erst einen kleinen sitzen hatten; und einmal war es gekommen, daß sie für sein Geld gesucht hatten — oben drein zu einem Zeitpunkt, wo er selbst aus der Chronik des Abends verschwunden war. Die Gemeinheit der Leute kannte keine Grenzen, wenn sie erst einen Schwips hatten. Ueber Schneider Frank war nicht der Mann dazu, sich mehr als einmal begaunern zu lassen. Was machte er sich daraus, daß sie keinen leeren Geldbeutel umhertreiben und sich lustig über ihn machten und fragten, ob er bei seiner Ehehälfte auf dem Altenteil wohne — wenn er nur seine Krone in Sicherheit gebracht hätte.

Mit einer für ihn ungewöhnlich schnellen Bewegung lag er im Bett auf den Knien und hatte seine Finger in die Westentasche vergraben. Die Krone war nicht da, und seine schwammigen Finger tasteten am Futter entlang, in der Hoffnung, daß das Geldstück sich irgendwo versteckt hätte.

Ein Laut drüben vom Fenster her veranlaßte ihn, zusammensufahren und sich umzudrehen. Da stand seine Frau, sich mit dem ganzen Oberkörper auf das Fensterbrett legend, und betrachtete ihn mit ihrem bissigen Lächeln:

„Suchst du die Krone, lieber Frank? Ich danke dir, ich habe sie. Was hat Die Anderen zu der Weste gesagt? War er zufrieden?“

Meister Frank murmelte etwas, das allerdings bedeuten konnte, und froh wieder unters Deckbett.

Da ging der Hosenknopf entzwei! — — —
Womit in aller Welt sollte er nun heute nachmittag in die Stadt gehen? Er ließ einen tiefen Seufzer aus und zog das Deckbett ganz bis an die Nase herauf; sein grau-fettes Gesicht war schlaff in allen Zügen, und er erinnerte an ein betäubtes Ferkel.

(Fortsetzung folgt)

Neue

Rekord



im W.K.W. Rennen um die kleinen Preise von Karstadt

Nach dem grossen

Triumph

der ersten Woche, konkurrenzlos niedrige Preise in Haushalt- u. Galanterie-Waren.



Emaile

Maschinentöpfe grau	45 S.
Maschinentöpfe grau mit Ausguss	45 S.
Bratpfannen weiss	50 S.
Waschschüsseln	50 S.
Teigschüsseln ff. lackiert 2 kg	2.90
Brotkästen ff. lackiert 8 kg	3.45
Emmer grau, 28 cm	90 S.
Wannen grau	90 S.
Kaffeeflaschen	50 S.

Steingut

Teller glatt, tief oder flach	14 S.
Teller gerippt, tief o. flach	16 S.
Teller blau Zwiebelmuster tief oder flach	25 S.
Salatieren weiss, 6 im Satz	95 S.
Salatieren bunt, 6 im Satz	1.65
Washservice 5 teilig gross, mit Gold	6.90
Washservice 5 teilig gross, mit Gold	7.90
Washservice 5 teilig mit Griffen	10.50

Bürstenwaren

Seifenbürsten	25 S.
Schmutzbürsten	25 S.
Wurzelbürsten	25 S.
Kleiderbürsten	25 S.
Kokos-Handfeger	35 S.
Besenstielbefestiger	50 S.
Handfeger Borste	50 S.
Kokos-Teppichbürsten	50 S.
Klosettbürsten	50 S.
Handfeger Roßhaar	50 S.
Glanzbürsten	50 S.
Haarbürsten	50 S.

Glas

Kompotteller gepr.	8 S.
Bierbecher Mattband	20 S.
Portweingläser mit farb. Fuß	25 S.
Römer mit grünem Stiel	25 S.
Sturzflaschen glatt	25 S.
Sturzflaschen geschliffen	50 S.
Butterdosen geschl.	1.-
Käseglocken geschl.	1.-
Aufsätze 2 teilig	1.25

HAUSHALT UND

Holzwaren

Toilettenpapierhalter	25 S.
Handtuchleisten	25 S.
Wäschetrockner	25 S.
Löffelhalter	50 S.
Messersputzbretter	50 S.
Aermelplättbretter	50 S.
Besteckkästen	50 S.
Kammkästen mit Spiegel	95 S.

Holzwaren

Putz- und Wickskästen	95 S.
Kammkästen	50 S.
Tabletts versch. Ausführg.	95 S.
Löffel 12 Stück im Band	95 S.
Wäschekammern 60 St. in Kart.	28 S.
Fußbänke	50 S.
Kleiderbügel 3 Stück	25 S.
Piassava-Handfeger	50 S.
Spülbürsten 4teil. Garnit.	50 S.
Schubbürstengarnitur 4teil.	1.-

Porzellan

Tassen mit Goldrand	25 S.
Frühstücksteller Goldrand	25 S.
Tassen mit Dekor	35 S.
Tassen Japan-Dekor	50 S.
Teller Japan-Dekor	50 S.
Obstteller	50 S.
Obstschalen groß	50 S.
Butterdosen m. Goldschrift	50 S.
Kuchenteller m. 2 Henkeln	50 S.
Bonilloutassen	50 S.
Kinderservice	50 S.

Porzellan

Zucker- und Rahm-Garnituren mit Tablett	1.75
Kuchensätze 7 teilig	1.95
Dejeuners 5 teilig	2.90
Teeservice 5 teilig, Japan	3.-
Teeservice 5 teilig, Rosen	3.50
Kaffeeservice 9 teilig	5.50
Tafelservice 23 teilig, weiss	19 ⁵⁰
Tafelservice 23 teilig, mit Dekor	21 ⁵⁰

GALANTERIE

Putzmittel

Soda	Pfund 7 S.
Scheuersand	10 S.
Seifenpulver	12 S.
Seifenpulver „Erika“	22 S.
Seifenpulver „Erika“	25 S.
Seifenpulver „Persten“	30 S.
Terpentinseifenpulver	38 S.

Galanterie

Mokkassen neues Dekor	25 S.
Postkartenrahmen	50 S.
Tabletts vermessingt	68 S.
Bonbonnieren	1.95 1.-
Messing-Ascher	1.25 58 S.
Bilder mit Goldleist.	1.25 58 S.
Wästkästen mit Einsatz	85 68 S.
Spardosen versilbert	1.45 68 S.
Teebecher in Mess. mit Glas	1.-
Blumenkübel	3.25 1.95 1.25

Galanterie

Fruchtkörbe	6.95 3.95 1.50
Keksdosen	4.50 3.95 2.25
Tortenplatten	2.75
Rauchservice in Messing	3.75
Tafelaufsätze Messing	17.50 7.75 3.75
Krümelmarnituren	3.95
Schwarzgl.-Schreibz.	6.50
Mokka-Service 5 teilig	7.50
Marmar-Schreibzeuge	12.75 9.75 29.50

Putzmittel

Silberputzwatte	30 S.
Vim-Scheuersand	32 S.
Abrazo Alumin.-Reiniger	35 S.
Grüne Seife	Pfund 32 S.
Sonlichtseife	35 S.
Aluminiumseife	35 S.
Silberseife	35 S.

Kernseife 90 S.
2-Pfund-Block

Kernseife 90 S.
5 Riegel a 200 Gr.

KARSTADT



Fest im Sattel
werden auch diese Ab-
ihr Ziel Zufriedenstellung
unserer Kundschaft durch
billigste Preise erreichen

Freistaat Lübeck

Montag, 9. Mai

Muttertag!

Das hätten wir wieder einmal gehabt!

Muttertag! — Was ist das eigentlich für ein Gebilde? — Natürlich ein kapitalistisches Gewächs! Entstanden aus Profitgier der Reuten, die das Geschäft machen wollen und aus denen, die nicht alle werden.

Sonst waren es nur die Blumenhändler, die mit viel Geschrei die Töchter Floras an den Mann — Verzeihung — an die Kinder bringen wollten.

In diesem Jahre meldeten sich die Schokoladenfrägen: „Kaufen Sie Schokolade für die Mama! — Süßigkeiten für die liebe Mutti usw.“

Reizend, nicht wahr?

Leider habe ich für diese Art, an einem Tage die Zuneigung für ein volles Jahr auszudrücken, gar kein Verständnis. Ich finde es viel netter, wenn die Mutter im Jahre hin und wieder einen Blumenstrauß oder, wenn sie es mag, auch Süßigkeiten erhält. Aber ohne viel Geschrei. Denn ich empfinde dieses Klammern als unfein und undeutsch. Es ist etwas Fremdes in diesem Aufdringlichen. Es verstößt gegen das, was wir Kultur nennen. Es ist eben nur Geschäft. Daher erscheint es herzlos.

Der Arme wird von vornherein ausgeschlossen. Man sehe sich die Blumen aus Schokolade an. Der Handarbeiter wird sie nicht gekauft haben. Und er tut recht. Es war Geldschneiderei.

Also ich bin Gegner dieser künstlich zu Geschäftszwecken aufgezogenen oder entarteten Müttertagen und ähnlichem Unfug. In jeder Familie gibt es Gedentage genug, die festlich begangen werden können und die einen familiären Charakter tragen. Volkstagsfesttage haben wir auch genug. Wir wollen den 1. Mai, den Verfassungstag und den 9. November feiern. Und damit Schluß! Familientage herdenweise festlich zu begehen liegt kein Grund vor.

Mein Freund Fröhe meinte allerdings kürzlich, er hätte gar nichts dagegen einzuwenden. Aber ich nehme ihm das nicht ab. Es war schon ein wenig spät, und Fröhe feiert gerne und gründlich.

Was er dann aber weiter sagte, verdient eine scharfe Rüge. Ich würde es hier gar nicht ausplaudern haben, wenn der Fall nicht allgemeine Beachtung verdienen würde. Er zeigt nämlich, in welcher Weise diese äble kapitalistische Feiertage auf die Seelen der Menschen wirkt. Wie sie das Herz eines edlen Mannes vergiften kann. Also Fröhe vertraute mir folgendes an:

„Ich hab' gar nichts dagegen,“ sagte er, daß solche Tage gefeiert werden. Aber warum immer nur die Mutter? Hab' ich denn gar nichts dazu getan, daß meine Sechse da sind? Und wenn schon die Geschäfte verdienen sollen, warum nur immer Blumen- und Konfektverpackungen. Ich bin dafür, daß das nächste Mal die Zigarrengeschäfte drantkommen. Sieh mal, ich habe meine Sechse nun so weit, daß sie verdienen. Und sie halten alle was von mir. Wenn es einen Vatertag gäbe, Mensch, das kann ich dir küssen, dann würden sie alle antreten und nicht so knapp! Das war 'ne feine Sache! Da könnt' ich viel sparen, denn 'ne Zeitung könnt' ich damit aus!“

Was ich dazu gesagt habe? — Na, ich hab' ihm den Kopf gewaschen, aber gründlich. Schließlich hat er mich gebeten, ich soll' es ihm doch nicht übernehmen, er wollte mir auch gerne 'ne Rüge Zigarren spendieren.

Nein, hab' ich gesagt, ich werde eine Woche lang nicht mit dir verkehren. Und das werde ich auch halten.

Aber gespannt bin ich doch, ob er noch an die Zigarren denken wird, denn schließlich, man ist ja auch nur ein Mensch! Oha.

Elternratswahl

Elternratswahl! — Was geht mich das an? Da auch noch hinterherlaufen! Es ist doch ganz einerlei, was dabei herauskommt, denn was in den Schulen gemacht werden soll, bestimmt doch die Oberschulbehörde. Unsere Vertreter sitzen drinnen. Schließlich ist auch noch die Bürgerschaft da. Was soll ich denn da mitmachen!

So denkt noch mancher Mutter. Und auch mancher Vater. Und das ist ein schwerer Fehler!

Unser ganzes Schulwesen ist zurzeit in einer Umwandlung. Ueberall werden Reformen durchgeführt. Wenig werden sie nützen, wenn sie nur äußerlich sind, wenn sie lediglich Organisationsfrage bleiben, wenn es schließlich nur dazu kommt, daß unsere Volksschulen mit allerlei Spezialräumen ausgestattet werden, elektrisches Licht, bessere Lehrmittel usw. erhalten. Selbstverständlich muß auch dieses alles erstrebt werden. Aber die Kernfrage ist doch eine andere. Wir wollen eine Erziehungsreform. Das Ziel der Erziehung ist ein anderes geworden. Der Obrigkeitsstaat wollte Untertanen haben, recht gute gehorame Schächchen. Darauf war auch der Lehrplan der Volksschule einzustellen. Viel Religion, Geschichte in bekannter Aufmachung, dann noch etwas für das praktische Leben und damit Schluß. In der höheren Schule kam man natürlich mit weniger Religion aus!

Das ist inzwischen schon anders geworden. Aber in der Erziehungsreform hapert es noch stark. Es sind überall Kräfte tätig, die in der Schule gerne ein Wort mitreden möchten. Wer weiß zurzeit, wie die Konfessionsbestrebungen auslaufen werden? Wie die Kirche abschneiden wird? Wer weiß, wie Anhänger nationalstaatlicher Kreise, vor allen Dingen die Anhänger des Stahlhelms ihre Erziehungsideale in der Schule entfalten wollen? Vergessen wir nicht, daß diese Erziehung in schwarzweißem Sinne gegen unsere Verfassung verstößt und sich mit der Erziehung zum Völkerverfrieden schwerlich in Übereinkunft bringen lassen wird.

Wir wünschen keine Kämpfe in der Schule. Sie dienen nicht der ruhigen Schularbeit. Aber wir dürfen jetzt nicht gleichgültig beiseite stehen, wenn wir die Möglichkeit haben, Leute in den Elternrat hinzubringen, auf die wir uns verlassen können.

Gleichgültigkeit ist der größte Feind vor allem Fortschritt!

Wir brauchen Elternvertreter, die klar erkennen, was unserer Jugend dient, die gewillt sind, mitzuhelfen und mitzuarbeiten für unsere Jugend. Gerade unsere Vertreter werden den Schulfortschritt zu unterstützen haben. Je zahlreicher untere

Krieg im Juni 1927!

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern . . .“

Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung plant, unser im tiefsten (Verfall) Frieden ruhendes Land für den kommenden Sommer zu einem Feldzug gegen die Fliegen aufzurufen und bittet die Presse um wärmste Unterstützung dieses gemeinnützigen Unternehmens. Die Presse, immer bereit, im vaterländischen Belange zu wirken, kürzt sich sofort und mit glühender Begeisterung auf das Thema, weshalb wir den Leitartikel, den ein Mitarbeiter der „Früh. Ztg.“ dem kriegerischen Unternehmen widmet, nachstehend wiedergeben.

Zunächst sei rühmend festzustellen, daß der Reichsausschuß mit echt deutscher Gründlichkeit vorgeht. Da es ihm darum zu tun ist, jede Fliege zu erfassen, die in unserem Vaterlande ihr gemeingefährliches Wesen treibt, so war diese Gründlichkeit notwendig. Die ganze Bevölkerung wird mobilisiert, sich an dem Vernichtungswerke zu beteiligen, vor allem natürlich die Bewohner des Landes, aber auch die Städter sollen möglichst viele Fliegen zur Strecke bringen. Wir erwarten denn auch eine neue Einigkeit der Deutschen, einen Zusammenschluß aller Parteien zu einer einzigen Anti-Fliegen-Partei. Graf Westarp Hand in Hand mit den Kommunisten, der Bayer neben dem Bruder aus Berlin. In der Zeit vom 15. bis 30. Juni dröhne der gemeinsame Schlußruf: „Nieder mit den Fliegen!“ auf zum Himmel, hernach dürfen sich unsere Landsleute wieder gegenseitig an die Gurgel springen.

Der Reichsausschuß läßt Gesichtspunkte für die Durchführung eines „Fliegenfeldzuges“ hinausgehen. Es werden allerorten Arbeitsgemeinschaften und Ortsausschüsse gebildet. Der Kreisarzt, andere Ärzte, Lehrer, Geistliche und weitere am Fliegentod interessierte Personen werden hinzugezogen. Zu ihnen treten die sozial-hygienischen Fachverbände, Berufsberatungsträger, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Sport- und Jugend-Bünde, Hausfrauen-Vereine usw. Man sieht: Der Reichsfliegenfeldzug wird glänzend organisiert.

Alsdann wird Lehrmaterial herangeschafft, Redner werden gewonnen, die Finanzierung ist sicherzustellen, eine Kreiszentrale zu gründen. „Vorschläge für die Durchführung der hygienischen Volksbelehrung auf dem Lande“ sind unentgeltlich zu haben. Natürlich werden die Redner nicht nur über Fliegen sprechen, es ergibt sich die Möglichkeit, viel weiter zu greifen: Abort-Verhältnisse, Dunge-Beiseitigung, Nahrungsmittel-Hygiene, Befämpfung des Typhus, der Tuberkulose können mit einbezogen werden. Man sieht: Die organisierten Regierungsräte sind weitblickende Herzen und wollen viele Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Die mörderische Kampagne erfährt Unterstützung durch leichte und schwere Artillerie. Es werden „Merktblätter“ verandt, „Denkschriften“, ein „Musterwort mit Lichtbildern“, „Postkarten“ mit kurzer Darstellung der Schädlichkeit der Fliege, ihre Entwicklungsgeschichte und die Mittel zu ihrer Befämpfung, „Bildtafeln“, als Plakate verwendbar, ein „Trickfilm“ von 300 Meter Länge, der in „unterhaltender Weise“ die Fliegen abtut. Selbstverständlich wird sich die liebe Schuljugend bei dem Unternehmen hitig beteiligen. Zunächst literarisch durch einen Aufsatz, bei dessen Abfassung die ganze Familie mithelfen soll, später aktiv. Endlich wird auch ein Anti-Fliegen-Gedicht durch den Rundfunk und eine Schaulustige-Propaganda befürwortet. Man bittet, Artikel zur Fliegenbefämpfung „in

geschmackvoller Weise“ auszustellen, man erwartet auch Kerntruppen und Geld aus Sportveranstaltungen und ersucht jedermann, wenigstens eine Fliegen-Postkarte zu verschicken. Der Leser reißt sich die Hände und weiß nun, daß die Beamtenbefolgungen kein hinausgeworfenes Geld sind, die Herren haben es wahrlich nicht leicht. Ihre hier erwähnte Arbeit, sowie die in den (hier nicht berührten) „Vorschlägen für die hygienische Volksbelehrung auf dem Lande“ ist aller Ehren wert. Außerdem stehen noch zwei weitere „Mitteilungen“ in Aussicht.

Der Fliegenfeldzug ist also vortrefflich aufgezogen und der Juni wird uns alle auf der Jagd sehen. Ob den kleinen Vögeln Gift getrennt werden soll, ob sie mit der Hand, mit der Klatsche, mit Leim, mit Gas erlegt werden sollen, das ist aus der Deutschrift nicht zu ersehen, doch nehmen wir an, daß ein Nebeneinander und eine Verbindung aller tödlichen Mittel in diesem Kampfe stattfinden wird.

Der geplante Massenmord ist in der Tat ein verdienstliches Werk. Auch die sanftesten Pazifisten müssen zugeben, daß uns dieser Krieg aufgezogenen wird. Der Gegner ist tödlich, frech, gefährlich, grausam. Er verschleppt und überträgt Krankheiten, laugt und vergiftet das Blut, er tötet sogar, er ist ein großer Schweinehund, der keine Schonung verdient. Die ganze Familie der Fliegen, unzählbar und wie das Legion meldet, aus vielen Arten bestehend (Gemeinfliege, Bohrflye, Fleisch-, Käse-, Stroh-, Schmeiß-, Eßig-, Blumen-, Bies-, Budel-, Lanz-, Brennsfliege usw.) ist zur Vernichtung reif. Sie töten und verderben, sie vergiften und beschmutzen, stören den höchsten Traum; machen wir also dem Unfug des Lebens ein Ende und reinigen wir den Aether von diesem Geschmeiß. Zeigen wir den anderen Völkern, daß wir die deutsche Luft sauber zu erhalten gewillt sind. Die oft bezeugte menschliche Begabung im Unbringen finde hier einen erlaubten Triumph. Zwar haben wir auch noch andere Sorgen, aber zunächst wollen wir uns einmal der Fliegen entledigen. Wir müssen damit auch der deutschen Industrie, die prächtige Mittel für den Massenmord bereitstellt.

Kein richtiger Artikel ohne die Anrufung Goethes. Er sei denn auch hier zitiert, einmal weil sein Gedicht „Fliegentod“ beweist, daß man damals noch Zeit hatte, das Sterben einer Fliege genauestens zu beobachten, zum andern, weil es niemand kennt, obgleich es großartig ist, naturwissenschaftlich genau, ein Drama in wenig Zeilen und hochgradig symbolisch (ergibt dich dem Teufel mit einem Haar und du bist kein auf ewig):

Sie laugt mit Bier verrätrisches Getränke,
Unabgeseht, vom ersten Zug verführt;
Sie fühlt sich wohl, und längst sind die Gelenke
Der arten Weischen schon paralysiert.
Nicht mehr gewandt, die Flügelchen zu putzen,
Nicht mehr geschickt, das Köpfchen aufzustützen,
Das Leben so sich im Geruch verliert.
Zum Stehen kaum noch wird das Füßchen taugen;
So schürzt sie fort, und mitten unterm Saugen
Umnebelt ihr der Tod die tauenden Augen.“

So Goethe. Wir machen es heute im großen, wir werden uns durch ein Massen-Massaker unserer Haut wehren. Sechzig Millionen stark ziehen wir im Juni auf in den Kampf, ein organisiertes Volk, behördlich geleitet, durch Merktblätter gestärkt, und legen die Häute an den Feind.

Beute sind, um so leichter werden sie die Lehrer unterstützen können, die unsere Volksschule heben, ausbauen und verbessern wollen, die auch gewillt sind, die Jugend zu freien Menschen zu erziehen, die später im Berufe und im Volksstaate selbständig handeln und wirken können.

Fort mit der Gleichgültigkeit! Wer die ausgelegten Listen noch nicht angesehen hat, warte nicht länger. Vorsicht bei der Auswahl der Vertreter! Unter unseren Parteigenossen sind genügend Menschen, die in Schulfachen gut unterrichtet sind, die wissen, was unsere Jugend braucht!
Gebt ihnen eure Stimme. Ernst Schermer

Frühlingsfeier der Gemeinschaftsschule

Am Freitagabend veranstaltete die Gemeinschaftsschule im Kolosseum eine Frühlingsfeier, die glänzend besetzt war. Frühlingslieder, Deklamationen und Volkstänze bildeten den ersten Teil des Programms. Kurz gesagt, keine Leistungen. Unbestimmt um die vielen Menschen trug ein ganz kleines Mädel ihr Gedicht so ruhig und sicher vor, daß es eine Freude war. Wunderhübsch gelang der Maintanz, den Mädchen in weißen Kleibern aufführten. Mit Hingabe wurden vom Schulchor alle schöne Frühlingslieder vorgelesen, die die Zuhörer in die rechte Stimmung versetzten. Das große Ereignis des Abends aber war die Aufführung von Schneewittchen. Alle Mitspieler wurden ihrer Aufgabe gerecht. Es war ein stotteres Zusammenspiel und wirkte so natürlich, daß die Jünglinge, die Schulkreuzen, die vorne in den ersten Reihen saßen, anfangen mitzumachen. Rührend war die Klage der Zwergen, aber die traurige Stimmung verlag bald, als der ritterliche Prinz mit seinem Gefolge kam. Sehr fein wirkten auch die eingeleiteten Volkstänze. Reicher Beifall lohnte den Darstellern. Hoffentlich wird ein schöner Ueberblick für das Schullandheim auch herauskommen sein. Auf dem Nachhausewege konnte man noch überall hören, daß Eltern und Kinder voll befriedigt von den Darbietungen waren. Die Kleinsten aber werden wohl noch lange an Schneewittchen und die sieben Zwergen und den schönen Prinzen denken, die Eltern aber wohl schmerzhaft an ihre eigene dunkle Schulzeit und werden sich freuen, daß ihre Jungen und Mädel glücklicher daran sind.

Besserung des Arbeitsmarktes

Bericht des Landesarbeitsamtes Mecklenburg-Lübeck in Schwerin über die Lage des Arbeitsmarktes vom 28. April bis 4. Mai

Die Besserung der Arbeitsmarktlage im Bezirk des Landesarbeitsamtes Mecklenburg-Lübeck nimmt ihren weiteren Fortgang. Die Abnahme der Zahl der Arbeitssuchenden hielt sich in der gleichen Höhe der Vorwoche. Sie betrug im gesamten Bezirk des Landesarbeitsamtes 773, die Zahl der Unterstützungsempfänger hat um 969 abgenommen. Den größten Anteil stellte infolge ihrer Beweglichkeit wie bisher die Berufsgruppe der ungeratenen Arbeiter, aber auch besonders die Landwirtschaft und die Arbeitnehmer aus dem Bau- und Holzgewerbe haben größere Abnahme zu

verzeichnen. In den anderen Berufszweigen war wohl eine Besserung zu bemerken, doch hielt sie sich hier in engeren Grenzen. Am 4. Mai wurden gemeldet: Mecklenburg-Schwerin 6147 (6656) Arbeitssuchende, davon 5243 (5686) Hauptunterstützungsempfänger, in Mecklenburg-Strelitz 906 (1032) Arbeitssuchende, davon 458 (644) Hauptunterstützungsempfänger, Lübeck 3683 (3827) Arbeitssuchende, davon 2150 (2490) Hauptunterstützungsempfänger, insgesamt 10 736 (11 515) Arbeitssuchende, davon 7851 (8820) Hauptunterstützungsempfänger.

In der Landwirtschaft herrscht auch jetzt in vielen Bezirken eine rege Vermittlungstätigkeit. Im Bezirk des Arbeitsamtes Rostock ist die bisher günstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Landwirtschaft allerdings wohl vorwiegend wegen Beendigung der Frühjahrbestellungen zum Stillstand gekommen. Junge Knechte und Mädchen, die melken können, sind immer noch nicht in der geforderten Zahl zu stellen. Auch an Viehpflegern herrscht Mangel. Für häuerliche Betriebe ist es gelungen, durch zwischenbezirkliche Vermittlung größere Transporte von schulentlassenen Burschen und Mädchen nach Mecklenburg zu vermitteln, die hier von Hofbesitzern zur Hilfeleistung in der Haus- und Außenwirtschaft besonders begrüßt werden. Die Unterbringung älterer, verheirateter Knechte und von Deputatfamilien scheidet meistens an der Unterbringungsfrage.

Für die Metallverarbeitung und für die Maschinenindustrie wurden in den größeren Städten des Bezirkes einige Arbeitskräfte angefordert, die aus den Reihen der Arbeitssuchenden leicht gestellt werden konnten. In den Bezirken der kleineren Städte war ein Aufleben dieser Berufsgruppen dagegen nicht zu bemerken.

Das Baugewerbe ist in fast allen Bezirken gut beschäftigt. Die Maurer sind fast überall restlos untergebracht. Zimmerer werden nicht immer in dem Maße verlangt. An gelerntem Malern besteht teilweise Mangel. Die Holzindustrie hat noch nicht alle Arbeitssuchenden aufnehmen können. In einigen Orten kam es wieder zu kleineren Entlassungen, so in Lübeck, wo mehrere Schiffszimmerer wegen Beendigung der Arbeiten in die Fürsorge traten. Der Streik auf einer Bürstenfabrik in Lübeck ist durch Annahme des Schiedsspruches beendet.

Ganz wenige Vermittlungen konnten nur in den kaufmännischen Berufen getätigt werden. Dagegen beeinflusst der bevorstehende Beginn der Badezeit in den Küstentädten die Arbeitsmarktlage der weiblichen Hausangestellten ungünstig. In den Städten innerhalb des Landes beträgt die Zahl der arbeitslosen Hausangestellten noch immer einen großen Prozentsatz der Arbeitssuchenden.

Ungeratene Arbeiter konnten in die Landwirtschaft vermittelt werden. Auch die Reichsbahn hat mehrere Arbeiter eingestellt. Der Hafenverkehr in Lübeck war besonders rege, fast sämtliche Hafnarbeiter hatten Beschäftigung.

Neues aus aller Welt

Im Flugzeug von Paris nach Newyork

5800 Kilometer — 40 Stunden in den Lüften

Einen Flug von ungeheurem Wagemut hat auf einem eigens erbauten Apparat der Firma Levassier der ehemalige Schweizer Staatsbürger Kungesser, der während des Krieges im französischen Heere als Kampfpilot diente, in Begleitung des Leutnants Coli Sonntag vormittag um 5 Uhr 21 unternommen. Kungesser will den Flug Paris—Newyork versuchen. Die Flieger dürften nach Voraussage der meteorologischen Wetterdienste während 3000 Kilometer Flug mit Rückenwind zu rechnen haben. Immerhin war es, wie dem Hrn. Fröbel gedacht wird, erst notwendig, den Apparat mit den erforderlichen 4000 Liter Benzin zu füllen und zum Start fertig zu machen. Nach gelungenem Start hat Kungesser das Höhenstell für die Landung durch eine besondere Vorrichtung vom Flugapparat losgelöst und dieses dadurch erleichtert. Er konnte deshalb die durchschnittliche Stundengeschwindigkeit von 160 auf 185 Kilometer erhöhen.

Über den Apparat selbst sind noch einige Angaben zu machen. Es ist ein Doppeldecker, der mit keiner Funkeinrichtung versehen ist, ebenso hat man ein Rettungsboot aus Gummi, Rettungsgürtel usw., sogar in letzter Minute noch die Reservelivensmittel weggelassen.

Die Flieger begnügen sich mit Bananen und Kaffee als Nahrung und mit einem Apparat zur Destillierung von Meerwasser. Sollte eine Notlandung sich als notwendig herausstellen, dann können sie die Führergondel als Rettungsboot benutzen. Sie haben jeder einen Fallschirm, der sich nach der Koffer Fall öffnen kann. Die Führung des Flugzeuges hat Kungesser, der das Steuer während der ganzen voraussichtlich 35 bis 40 Stunden dauernden Fahrt nicht verlassen wird, während Coli den Weg bestimmt und die Richtung überwacht. Die Landung kann, da die Entfernung 5800 Kilometer beträgt, im Laufe des Nachmittags erfolgen. Sie muß, wenn der Flug ohne Zwischenlandung glücken sollte, bis Montag vor Mitternacht erfolgt sein.

Ein geographisch-wacher Gemütsmenschen! Wie die Frankfurter Zeitung mitteilt, richtete ein Thüringer Messerfabrikant an eine Firma in Gumbinnen in Ostpreußen folgendes Schreiben: „Da doch in Ihrer Nähe die russisch-chinesischen Wirren sind, läßt sich da nicht ein größerer Absatz erzielen in allen Sorten Besteck, lösen Messern und Gabeln, Gemüse- und Spindelmessern, sowie Taschenmessern und auch in Schiachi- und Brotmessern?“ (Schlacht- und Brotmesser did unterscheiden!)

Flugzeugabsturz. Auf der Luftwettbewerb des Deutschen Luftfahrer-Verbandes in Breslau ereignete sich am Sonntag ein schwerer Flugzeugabsturz. Der Flugzeugführer trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Der Begleiter von Richtigofen war auf der Stelle tot.

Der Potsdamer Brandstifter gefunden. Im Gebäude des Potsdamer Landgerichts war in letzter Zeit nicht weniger als viermal eine Brandstiftung vorgekommen. Jetzt wurde auf Grund von Fingerabdrücken der 45 Jahre alte Heizer Martin vom Landgericht als Täter verhaftet. Er scheint die Tat lediglich aus Haß gegen den Kantinenwirt des Landgerichts begangen zu haben, den er nach jeder Brandstiftung als Täter verdächtigte.

Umwelt in Obersachsen. Das oberächsische Industriegebiet hat durch einen Wollentwurf schweren Schaden erlitten. In Hinderburg schwohen die Wassermassen in den Straßen herab an, daß der Straßenverkehr eingestellt werden mußte. Die Keller zahlreicher Häuser wurden unter Wasser gesetzt, auch die im Untergerges des Bahnhofes liegende Zollhalle wurde so stark überflutet, daß die Zollrevision auf dem Bahnhofsplatz vorgenommen werden mußte. Flüsse und Bäche führen Hochwasser und haben weite Strecken Landes überschwemmt.

Gesamt

Unfall des früheren Dampfers „Hornland“

Ueber einen Schiffsunfall, der sich bereits im September 1924 ereignete, verhandelte am Sonnabend das Gesamt. Auf einer Reise von England nach Jaborg hatte der damalige Dampfer „Hornland“ (jetzt unter dem Namen „Laube“ dem Norddeutschen Lloyd gehörig) mit stürmischem Wetter zu kämpfen, dennoch konnte er am 14. September bei guter Sicht Stagen runden. Nach wiederholten geringen Kursänderungen kam das Schiff in der Dunkelheit plötzlich fest, und zwar auf landigem Grunde, so daß Schände nicht entstanden sind. Mit Hilfe eines Bergungsdampfers wurde das Schiff abgebracht. Der Reichskommissar meinte, daß obwohl heute keine genügenden Unterlagen für die Feststellung der damals abgelaufenen Streden und Zeiten vorhanden seien, immerhin die Ursachen des Unfalls noch ermittelt werden können. Sie seien zu suchen in der durch starken Strom bewirkten Verziehung des Schiffes nach Osten und in der möglicherweise veränderten Deviation. Diesen Möglichkeiten habe die Schiffsleitung nicht genügend Rechnung getragen, obwohl größere Sicherheitsmaßnahmen leicht hätten getroffen werden können. Die hätteten Lotungen bald die Verziehung des Schiffes nach Osten bewiesen. Ihre Unterlassung sei dem Kapitän zum Vorwurf zu machen, wie auch, daß er auf die oben erwähnten Möglichkeiten nicht genügend Rücksicht genommen habe. Die Maßnahmen der Schiffsleitung nach dem Unfall seien nicht zu beanstanden. Das Gesamt entschied im Sinne der Ausführungen des Reichskommissars.

Zusammenstoß einer Rotorquase mit einem holländischen Segler

Am 19. April, morgens 3 Uhr, fuhr die Rotorquase Tra 11 bei diesem Wetter von Travemünde aus zum Fischen. Beide Fahrzeuge waren zur Führung des mit einem Motor von 20 PS versehenen Bootes nicht berechtigt. Die Quase brach vorwärts vor. Auf der Höhe von Schwansee sah der Führer des Fischbootes plötzlich etwa 10 Meier voran einen Segler; um ihn auszuweichen, gab er Befehlsdrüber, was aber die Kollision nicht mehr verhindern konnte. Der entstandene Schaden ist gering. Der Reichskommissar war der Ansicht, daß der Angabe des Kapitäns des Seglers, dessen Lampen hätten vorstrahlend geblinzelt, geglaubt werden müsse, und so bliebe als Ursache nur eine gewisse Unachtsamkeit des Führers des Rotters. Die Segler hätten nicht gesehen, daß seiner von den beiden Jüngern zur Führung der Quase berechtigt war. Der Hinweis, daß ein großer Teil der Führer ohne entsprechende Befähigungsgewinne zu Rotorbooten fahre, sei keine Entlastung, sondern müsse den Behörden Anlaß zu weiterer Prüfung sein. Das Gesamt erkannte entsprechend.

Die Volkspflege im Jahre 1926

Mit einem durchaus zufriedenstellenden Ergebnis schloß die Volkspflege, gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Vermögensverwaltung, des Geschäftsjahrs 1926 ab. Ueber eine vierzig Millian Anlage wurden während des Berichtsjahrs dem Hauptverbande eingezahlt. Des ist ein Kapital, das sich sehr leicht hat. Es wäre noch viel besser gewesen, wenn Wirtschaftliche und Arbeitslosigkeit keine Grenzen gezogen hätten.

Achtfacher Mord und Selbstmord

An der Grenze von Natal sollte der Farmer Swart wegen Blutsünde und Mordversuchs verhaftet werden. Er verwundete den ihn verfolgenden Polizisten durch einen Schuß und flüchtete hierauf in einen Kraal, von wo aus er die Polizei, die ihn umzingelt hatte, beschloß. Es gelang ihm zu entweichen und nach Charlestown zurückzukehren, wo er acht Personen, nämlich einen Polizeihauptmann, vier Polizisten, seine Frau, seine Schwiegertochter und einen Farmleiter erschloß und drei Personen verwundete. Hierauf beging Swart Selbstmord. Man fand bei ihm ein Mausergewehr, drei Revolver und 100 Schuß Munition.

Der falsche Hohenzollernprinz unter Mordverdacht

Der Hochstapler Harry Domela, der als falscher Hohenzollernprinz in zahlreichen thüringischen Städten aufgetreten war und nicht nur unter der Flagge des ältesten Kronprinzensohnes, sondern auch als Baron Lieben, Baron von Korff, Graf von Breda, an einem schweren, in Berlin verübten Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Es handelt sich um den unaußgeklärten Mord an dem sechzehnjährigen Jagen des Cafés Vaterland, Schnapel, der im Oktober 1925 aus dem Café Vaterland verdrängt und vier Wochen später als Leiche aus der Havel bei Geltow gelandet wurde.

Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß Schnapel, ein fleißiger und arbeitswilliger Bürste, in gewisse Kreise geraten war, die an dem Verschwinden des Jungen ein Interesse hatten. Damals hieß es, daß Schnapel in der Zeit vor seinem Verschwinden mit einem angeblichen Baron von Korff gesehen worden war. Bei der Verhaftung Domelas in Guskirchen und nach seiner Ueberführung in das Kölner Untersuchungsgefängnis stellte es sich heraus, daß er in Berlin unter dem Namen Baron Korff aufgetreten war. Wie weit der Verdacht, der sich vorläufig nur auf den Namen „Baron von Korff“ stützt, berechtigt ist, müssen die weiteren Ermittlungen ergeben.

Grauenhafter Selbstmord einer Studentin. Aus Kattowitz wird gemeldet: Aus Verzweiflung darüber, daß sie infolge Geldmangels ihr Studium nicht fortsetzen konnte, beging die 20jährige Tochter eines Dorfschullehrers in Brzostow bei Sedlitz dadurch Selbstmord, daß sie in ihrem Zimmer auf einen Strohsack einen Scheiterhaufen aus Büchern, Papier und Stühlen errichtete, mit Petroleum begoß und darauf in Brand setzte. Sie setzte sich dann auf die Stühle. Mit schweren Brandwunden kam sie ins Krankenhaus, starb aber bald darauf.

Der Amtsrat als Dieb. Vor einiger Zeit war in Potsdam der Amtsrat Kühne von der Oberrechnungskammer bei einem Silberdiebstahl erwischt worden, den er auf einer Versteigerung eines Familiennachlasses begangen hatte. Jetzt werden neue Befehle des Amtsrates bekannt. Bei der Regelung des Nachlasses einer Familie, die Kühne vornahm, verschwand ein wertvoller goldener Schlangerring. Jetzt hat er sich bei der Tochter des Amtsrates wiedergefunden. Sie erklärt, ihn von ihrem Vater als Geschenk erhalten zu haben. Damit nicht genug, erfährt man nunmehr auch, daß bei einem Kunstmal, einem Bekannten Kühnes, nach jedem Besuch des Amtsrates wertvolle Bilder verschwunden waren.

Maria Orska bestohlen. Die bekannte Schauspielerin Maria Orska wurde in ihrem Hotel in Prag, wo sie ein Gastspiel gab, um 3000 Mark und 6000 tschechische Kronen bestohlen. Die Künstlerin hatte weder ihr Zimmer noch ihren Koffer abgeschlossen. Die Verursachen, darunter ein mit Diamanten besetztes Armband, verjähmte der Dieb.

Jetzt verfügt die Volkspflege — unter Berücksichtigung der Abgänge — über einen Bestand von mehr als 700000 Versicherungsleistungen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unter Veräusserung von Unternehmen auch im neuen Jahre ein gut Stück vordrängen kommen, seinen Versicherungsbestand wesentlich erhöhen und damit die Leistungsfähigkeit erheblich steigern wird. Seit der Inflationzeit wurden ca. 190000 Reichsmark an Versicherungssummen zur Auszahlung gebracht, davon allein im vorigen Jahre rund 4 Millionen Reichsmark.

Bei einer solchen Entwicklung der Volkspflege wachsen natürlich auch ihre Prämieinnahmen. Das wirkt sich darin aus, daß den wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeitsgemeinschaft noch mehr als bisher Hypothekendarlehen gewährt werden können. Viele Millionen fanden für den angeordneten Zweck schon Verwendung. Die Aufhebung der Wartezeit bei den infolge akuter Infektionkrankheiten, Entbindungen usw. eingetretenen Todesfällen, sowie die Einführung der Gratis-Unfallversicherung hat sich als außerordentlich gegenständig erwiesen und der Volkspflege viele neue Freunde zugeführt. Alles in allem: Unsere Volkspflege zeigt sich stark und kräftig und wird auch weiterhin in hohem Maße den ihr zugewiesenen Aufgaben gerecht.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek

im Besaale zur Ansicht ausgelegt vom 7. bis 21. Mai
Moderne Biologie, herausg. von Hans Much, Bd. 1—10. Leipzig 1921.
Burmester, Werner: Wismar. Berlin 1926.
Gann, Julius von: Lehrbuch der Meteorologie. Leipzig 1926.
Heilborn, Ernst: Zwischen zwei Revolutionen. Berlin 1927.
Hoppe, Edmund: Geschichte der Physik. Braunschweig 1926.
Jannasch, Wilhelm: Liturgische Feiertage. Tübingen 1927.
Kirchner, O. von, C. Loxw. U. Schröter: Lebensgeschichte der Blütenpflanzen Mitteleuropas. Stuttgart 1908.
Molsdorf, Wilhelm: Christliche Symbolik der mittelalterlichen Kunst. Leipzig 1926.
Schlittgen, Hermann: Erinnerungen. München 1926.
Schopenhauer, Arthur: Randbemerkungen zu den Hauptwerken Kants. (Arthur Schopenhauers sämtliche Werke. Bd. 13.) München 1926.
Das neue Wien, Bd. 1. Wien 1926.

Gesin. Oriskantensammlung. Die Einwohner des Stadtteils waren am Freitag zu einer Versammlung über die Maßnahmen für die geplante Elektrizitätsversorgung zusammengekommen. Es sprachen dazu Herr Scheel vom Ueberlandverband und der Vertreter des Kommunalen Ausschusses, das Bürgerchaftsmittglied Vaterkrat. Nach eingehender Klärung der Lage wurde dahingehend beschlossen, daß gemeinsam mit dem Ueberlandverband an die Vorarbeiten, insbesondere an die Aufstellung endgültiger Kostenberechnungen, herangetragen werden soll. Sonderbarerweise kam bei den Bewerten keine rechte Sympathie für die Sache zum Vorschein, augenscheinlich war ihnen die Initiative der Arbeiterchaft sehr wenig angenehm. Da außer den Landwirten alles für die Durchführung des Elektrizitätsanschlusses eintrat, ist anzunehmen, daß die Versammlung zum Gelingen des Projektes beitragen hat.

Frühling im Land! Nun ist der langersehnte Frühling doch herbeigeeilt und hat endgültig unsere Gastfreibeit angenommen. Schon am frühen Morgen strahlte die Sonne auf unsere liebe Erde herab, die ihr liebliches grünes Kleid in vollem Jugend-schmud ausbreitete. Ein neues Erleben zieht durch die Welt! So gasstig die Menschen auf ihr sind, wenn der Malen in der Vollkraft seiner Jugend durch sie schreitet und die Gaben verschwenderisch ausstieft, dann wird es auch dem Hartgeblottenen etwas weicher ums Herz. Wer könnte sich auch dem Wunder dieses großen Weltgeschehens verschließen! Viele Tausende haben am gestrigen Sonntag das stille Jauchzen in der Natur vernommen, sind dem heiteren Frühlingstag entgegenwandert, haben die schönen Blümelein auf den Wiesen begrüßt, Knospen und Blüten an Baum und Strauch bewundert. Die Ausflugsorte waren denn auch recht voll von frohen Menschen, insbesondere die schönen Waldungen um Straelsdorf und Schwarlau. Auch an die See zog es manchen. War auch der Straßenbahn- und Autobusverkehr nach Travemünde nicht übermäßig belastet, so hat er doch ebenso wie die anderen Linien einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Andrang zu der Schwartauer Linie war äußerst stark. — Gestern wurden auch die Badeanstalten eröffnet. Mit 16 Grad Celsius in der Badeanstalt Fallendamm und 16½ im Krähentisch ward ein guter Anfang gemacht. Beide Badeanstalten wiesen denn auch gleich am ersten Tage einen guten Besuch auf. Die Sachverständigen sagen, daß die Wasserwärme heute auf 18 Grad steigen werde. Das schöne Frühlingwetter beeinflusste natürlich auch den Theaterbesuch. Die Intendanz hatte zwei unglückliche Stücke auf den Spielplan gesetzt. Mittags den Parsival, der halbwegs besucht war, abends die Schauspielerei Reihardt von Weisenau, die ein gähnend leeres Haus aufwies. Das wird jedoch der schönen Frühjahrsluft nicht weiter schaden. Im Wege zum endgültigen Sommer stehen diese Woche nur noch die drei Eiseiligen. Allem Anschein nach werden die Herren Mammertius, Pantradius und Servatius einen anderen Weg einschlagen. Auf Eden haben wir ungemütliche Heilige übergenag!

Beim Spiel ertrunken ist am Sonnabend ein 6jähriger Knabe, Sohn des Kaufmanns Scheel, am Hülzendam. Das Kind fiel beim Düfen am Kanal ins Wasser. Feuerwehr mit Pumpmotor, Sanitätskolonne und Arzt waren alsbald zur Stelle. Man brachte den Knaben nach der Klinik in der Volkstrasse, wo sich noch drei Ärzte am Wiederbelebungsvoruche vergeblich bemühten.

Kunstausstellung der Vereinigung Lübeder bildender Künstler. Man schreibt uns: Die große Kunstausstellung der Lübeder Künstler in der neuen Ausstellungshalle am Bahnhof wird für Lübed ein besonderes Ereignis werden. Von Seiten der Künstlerchaft wird mit Hingebung an den Vorbereitungen der Ausstellung gearbeitet. Es soll sich nun erweisen, ob die neue Ausstellungshalle für rein künstlerische Zwecke sich eignet, ob es möglich sein wird, in Zukunft öfter eine Ausstellung größeren Stils zu veranstalten, die sich nicht nur künstlerisch, sondern auch wirtschaftlich lohnt. Da man vermeiden möchte, was so leicht bei größeren Kunstausstellungen der Fall ist, durch die zu große Anzahl der Silber zu ermüden, wird das Gemälbild durch schöne Pflanzengruppen, blühende Blumen belebt werden, so daß das Auge immer wieder erfrischt, sich in die Kunstwerke vertiefen kann. Die Jury hat ihres Amtes gewaltet, so ist das Kisean der Ausstellung gesichert. Die kunstgewerbliche Abteilung ist zwar klein, wird aber gewählt sein. — Wie wir hören, wird mit der Ausstellung eine Rotterie großen Stils verbunden sein, auf die wir noch zurückkommen werden.

Erlaubte Sammlung. Dem Verwaltungsausschuß der Arbeiter-Volkshilfe Lübed, Vorsitzender Genosse Wolfradt, ist vom Polizeiamt die Erlaubnis erteilt worden, zum Besten des Ausbaues des Kindererholungsheims in Schlaup hier selbst in der Zeit vom 22. bis einschli. 28. Mai ds. Js. eine Haus- und Straßensammlung zu veranstalten.

Verkehrsfilm. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich das Polizeiamt mit der Lübeder Verkehrswacht e. V. zusammen für die Zeit vom 15. bis 21. Mai den Verkehrsfilm „Im Strudel des Verkehrs“ gekauft. Der Film wird den hiesigen Lichtspielhäusern als Einlage unentgeltlich zur Verfügung gestellt, um das Lübeder Publikum zu belehren. Der Film wird gleichzeitig den Schulen vorgeführt werden, um auch auf die Kinder erzieherisch zu wirken. Die Zeiten werden noch näher beantragt werden.

Verständiger Rabatt. Vor etwa einer Woche wies wir an dieser Stelle auf einige Firmen hin, die den Mitgliedern des D. S. V. einen Sonderabatt gewährten. Unter diesen Geschäften nannten wir auch die Firma Raedeke, Hülzstraße, die im Mitteilungsblatt des D. S. V. erklärt: „Mitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt.“ Wie es das Recht einer Firma ist, Rabatt zu gewähren, wenn sie will, so ist es fraglos auch das Recht der anderen Betriebsbewerber, soweit sie nicht dem D. S. V. angehören (und das ist immerhin noch eine erhebliche Anzahl). Ich über diese Rabattgewährung eigene Gedanken zu machen. Das haben wir auch getan und diesen Gedanken öffentlich Ausdruck gegeben. Das paßt Herrn Raedeke nicht, und so entwirft er sich in einem Schreiben an uns, in dem er zugleich ist vielleicht ein Fehler von ihm gewesen, zu schreiben, Mitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt zum Zweck der Kontrolle habe er diese Fassung gewählt, die eben so hätte anders lauten können, es erhält nämlich jeder Kunde 10 Prozent Rabatt. Da Herr Raedeke es behauptet, wird es wohl stimmen, aber wäre es da nicht viel einfacher, die Preise wären allgemein 10 Prozent niedriger? Das würde „Küßverwandte“ vielleicht verführen.

10 Gebote für die schöne Jahreszeit

1. Da darf keine Kette und Zwinge, keine Klätter und Blüten von Säulen und Sträußern streifen, abbrechen oder mit einem Stabe abschlagen.
2. Da darf die Kletterpflanze in den Anlagen, die Riechen und Getreidefelder nicht betreten.
3. Da darf in den Anlagen und Gärten, auf Wiesen und Feldern keine Blumen pflücken, um sie dann wegzunehmen.
4. Da darf nicht im Walde die Heide- und Preiselbeersträucher, die Heide- und Gartenmauer oder andere Walddpflanzen herausreißen, abbrechen oder abschneiden.
5. Da darf nicht den reifen Waldbäumen die Köpfe oder oberen Äste abbrechen, abschneiden oder abschlagen, denn diese Pflanzen berben dann ob oder werden trüppelhaft.
6. Da darf nicht auf Wegen, Straßen und Plätzen Obstbäume, Kirschen und Pflanzentiere, Papierkörbe, Straßenschilder usw. wegwerfen.
7. Da darf nicht die ungesunden Späne in den Anlagen durch Gleichgültigkeit von Säulen und Säulen, durch Beschneiden und Beschneiden herabfallen, auch nicht die ungesunden Papierkörbe wegwerfen und vernachlässigen.
8. Da darf die Gassen in den Anlagen nicht verstopfen oder auf andere Weise beschädigen, denn das Herrschen dieser Plätze zu den prächtigen Anlagen führt viel Geld.
9. Da darf die Eingänge nicht fassen und zu nicht dem Ansehen und Frieden führen.
10. Da darf nicht andere nützliche Tiere, wie Enten, Gänse, Hühner, Kanarienvögel usw. nicht töten oder quälen, denn das ist sehr schmerzhaft für die Tiere.

Angrenzende Gebiete

Bromin Säben

Stodolsdorf. Sozialdemokratische Partei. Zu der am Sonntag, dem 22. Mai d. Js., in Kiel stattfindenden Eröffnungsfest der Deutschen Parteitagung bitten wir die Genossen und Genossinnen unseres Ortsvereins sich zahlreich zu beteiligen. Die Abfahrt wird am 22. Mai morgens circa 7 Uhr mittels Extrazuges erfolgen, die Ankunft abends in Lübeck gegen 10 Uhr. Der Fahrpreis pro Person beträgt 3,60 Mk. Da schon eine erhebliche Anzahl Ortsvereine aus dem Verbandsbezirk Schleswig-Holstein ihre Anmeldung in Kiel gemacht haben, ist zu erwarten, daß die Eröffnung des Deutschen Sozialdemokratischen Parteitages eine gewaltige Kundgebung für unsere Partei darstellen wird. Deshalb wollen auch wir nicht zurückbleiben und hoffen, daß unsere Genossinnen und Genossen sich zahlreich beteiligen werden. Die Anmeldung der Teilnehmer nimmt der gesamte Vorstand spätestens bis Montag, den 16. h. Mts. entgegen, ebendasselbe ist auch der Fahrpreis bis Mittwoch, den 18. Mai, zu entrichten.

CI. Einm. Zur Stadiorordnungensetzung ist noch nachzutragen: In der Frage der Jugendherberge hat die Stadt auch mit Schwierigkeiten der Regierung zu kämpfen. Die Stadt ist aber gewillt, die Sache auf keinen Fall scheitern zu lassen und den Beschluß auf Gewährung von 5000 Mark als Darlehen wird einstimmig gefaßt. — Auch die Bewilligung von 600 Mark für den eventuellen Kindergarten, der nach seiner Verwirklichung in die ehemalige Bewahrschule nach ärztlichem Rat und Rat der Eltern erfolgt einstimmig. — Böttische Personalspolitik zeigte Stadtdirektor Clasen, der sich beschränkt über die Renausschreibung des Köchermanspostens. Er mußte sich vom Ratsherrn Dr. Evers befehlen lassen, daß der bisherige Inhaber seines Amtes abgebaut bis, sondern freiwillig eine Stelle an der Gasanstalt übernommen hat. — Eine geheime Sitzung folgte der — diesmal nur von 14 Zuhörern besuchten — öffentlichen Sitzung.

Medienburg

Doberan. Ein schweres Unglück ereignete sich in der Gemischten Fabrik Albrecht in Walkenhausen. Dort gerieten bei Reparaturarbeiten die Kleider des 23jährigen Kupferblechbesitzer Starck in Brand. Er stieß alsbald einer Feuerfäule. Seine Rotzen rissen ihm die Kleider vom Leibe und erlitten dabei selbst Brandwunden. St. mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden, wo er hoffnungslos darniederliegt. Wie der Medizinalrat, Volkszeitung geschrieben wird, ist Starck durch die langen Arbeitszeiten, immer bis 10 oder 11 Uhr nachts, auch mal bis 2 Uhr, und die bauernden Antreibereien von Seiten des Besitzers Albrecht vergrößert und abgespannt gewesen und dadurch die Undichtigkeiten des Kessels entstanden. Die Maßnahmen zu deren Behebung waren völlig verfehlt.

Aus der Bremer Bürgererschaft

Ha. Bremen, 7. Mai.

Zwei volle Tage, Donnerstag und Freitag hat die Bremer Bürgererschaft den Haushalt für das Jahr 1927, den letzten Haushalt in der im Herbst ablaufenden Legislaturperiode, beraten. Die Beratungen endeten mit der Annahme des Haushaltsplanes durch alle bürgerlichen Fraktionen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Der Bremische Haushalt für das Rechnungsjahr 1927 zeigt gegenüber dem Vorjahre ein starkes Ansteigen sowohl auf der Einnahmeseite wie auf der Ausgabenseite. Die Einnahmen für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr sind mit 76,16 Millionen gegen das Vorjahr um 5,9 Millionen höher veranschlagt. Für die Ausgaben ergibt sich ein Gesamtbedarf von 79,65 Millionen, das sind 8,64 Millionen mehr wie im Jahre 1926. Hauptächlich sollen die Mehreinnahmen aus Steuern wieder herangezogen werden, doch läßt hier der noch unerledigte Finanzgleichgewicht noch ein starkes Moment der Unsicherheit. Bremens Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer ist um 6 Millionen auf 22,5 Millionen erhöht worden. Die Grund- und Gewerbesteuer mit 5 Millionen, die Metzinsteuer mit 9,5 Millionen und die Firmen- und Gewerbesteuer mit 4,5 Millionen bleiben gegenüber 1926 unverändert. Bei den indirekten Steuern ist die Umsatzsteuer mit 1,7 Millionen niedriger eingestellt worden. Die städtischen Werke sollen im Rechnungsjahr 1927 rund 6,5 Millionen, das sind über 8 Prozent sämtlicher Staatseinnahmen, als Ueberschuß an den ordentlichen Haushalt abführen. Das Bauwesen erfordert 8,6 und die Sozialfürsorge 9,15 Millionen Mark Ausgaben. Die einmaligen Ausgaben für Bauten und Anlagen sind mit 4,925 Millionen um rund 2 Millionen Mark höher veranschlagt als im Vorjahre. An der Spitze aller Ausgaben stehen die Finanzen mit 15,86 Millionen, die zur Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld notwendig sind. Für das Unterrichtswesen kommen 10,3 Millionen Mark Ausgaben in Frage. Das Verkehrs- (Hafen und Eisenbahnen) erfordert, ohne die beträchtlichen Summen des außerordentlichen Haushalts 6,87 Millionen und die Polizei, ohne den mit fast 6 Millionen Mark ausgewiesenen Anteil des Reiches für die Ordnungspolizei, rund 6,7 Millionen. Auch die Ausgaben der Polizei stiegen gegen das letzte Jahr um fast 10 Prozent. Das Gesundheitswesen verlangt 4,107 Millionen, die Rechtspflege 3,317 Millionen an Ausgaben. Kunst und Wissenschaft sowie allgemeine Verwaltung erfordern je 1,55 Millionen an Ausgaben. Für vermischte Ausgaben sind 4,47 Millionen vorgezogen. Die allgeringsten Ausgaben verurteilt die Bremer Bürgererschaft, nämlich ganze 184.090 Mark. Von den Gesamtausgaben entfallen 84 Prozent (25,8 Millionen) auf Gehälter und Löhne. Die Zahl der Beamten und Angestellten einschließlich Kommunalbetriebe, aber mit Ausnahme der 1500 Ordnungspolizeibeamten, betrug am 1. März ds. Js. 6523 und hat sich damit gegen das Vorjahr um 47 vermehrt.

Die Sicherheit dieses Voranschlags ist nicht zu bezweifeln. In den recht verwickelten, 14 Stunden in Anspruch nehmenden Beratungen schied die Sozialdemokratie drei Hauptredner, die Genossen Kassen, Sommer und Theil vor, um die Ablehnung des Haushalts durch die sozialdemokratische Fraktion begründen zu lassen. In erster Linie arbeiteten die drei den stark unsozialen Charakter des Bürgerhaushalts heraus, der eine kampfstarke Spartenbewegung zeige. Diese Spartenbewegung aber habe gerade Bremen bei den Finanzgleichsverhandlungen geschadet: Bremen und die beiden anderen Hansestädte mit geordneter Finanzverwaltung seien benachteiligt zugunsten Bayerns mit seiner Finanzschlampe. Die Angriffe der sozialdemokratischen Redner richteten sich namentlich gegen die Einschränkung der Fürsorgebestrebungen, den planmäßigen Schutz der bestehenden Kreise, die Vernachlässigung wichtiger kommunaler Aufgaben infolge fallengelassener Sparmaßnahmen, die Auswüchse des Schöndemokratismus, die Mißstände und die Verschwendung namentlich in der Ordnungspolizei, die Fehler des Wohnungsbauwesens. Neben den Sozialdemokraten erklärten auch die Kommunisten, den Haushalt abzulehnen zu wollen.

Die eigentliche Verteidigung des Haushalts und seines Haushaltsübernahm die Deutsche Volkspartei. Die übrigen bürgerlichen Fraktionen übten an Einzelheiten des Etats Kritik, kamen aber zum Schluß doch zu einer Zustimmung zum Gesamthaushalt. Sehr interessant war zu beobachten, wie sich die Demokraten bereits auf den kommenden Wahlkampf einstellten. Ihre Redner zogen recht energisch gegen den reaktionären Kurs der Deutschen Volkspartei im Reich zu Felde und warfen der Volkspartei vor, daß sie mit der Vereinhaltung der Deutschnationalen in die Reichsregierung schweren politischen Schaden angerichtet habe. Bremens schlechtes Abschneiden beim Finanzausgleich sei nicht zuletzt auf diesen reaktionären Kurs zurückzuführen. Ein starkes Bekenntnis legte der demokratische Hauptredner Dr. Fronte zum Gedanken des Einheitsstaates ab. Der zweite Hauptredner der Demokraten knüpfte sich dann die Deutschnationalen und die Hausbesitzer vor. Namentlich den letzteren warf er schlimmste Interessentenpolitik vor. Diese Kritik der Demokraten an der Volkspartei, den Deutschnationalen und Hausbesitzern ist um so interessanter, als diese gemeinsam mit den Demokraten den Bremer Bürgerblock bilden, bzw. stützen. Trotz der starken wohlgläubigen Verbeugung der Bremer Demokraten nach links wird man ihnen bis zur Neuwahl im Herbst dieses Jahres nicht vergessen, daß sie jede reaktionäre Einzelheit des Bürgerhaushalts doch letzten Endes immer mitgemacht haben.

Der entfesselte Mississippi

27 Meter Wasserhöhe / 57.000 Kubikmeter in der Sekunde / Die Strombankunst verlagert

Jahr um Jahr fluteten die Gewässer des Mississippi über die Ufer und Dämme hinein in das fruchtbare Tiefland. Stauwerke und hohe gewaltige Dämme hielten jedoch die Wassermassen immer wieder so weit zurück, daß sich der Strom nicht wild über das Land stürzte und verheerend über Baumwollfelder und Tabakplantagen ergoß. Menschenwert festelte des Wassers Urtgewalt.

Plötzlich aber brachen Dämme und Stauwerke, und riesige Wassermengen überfluteten das fruchtbare Land, zerstörten Häuser und Siedlungen, machten Tausende von Menschen obdachlos, und vernichteten Millionenwerte. Des Mississippi fruchtbare Nacht entfesselte sich und vernichtete über Nacht das von Menschen in Jahren geschaffene Werk.

Im April und Mai löst sich des Mississippi eisumfängene Starrheit, Wolkenbrüche gehen in dem Mississippigebiet nieder, mächtiger schwillt der Vater der Gewässer an, rauschend stürzen Nebenflüsse in den Strom der Ströme, und höher und höher steigt der Wasserspiegel, bis sich des Stromes Kluten über Ufer und Dämme ergießen, und die Länder im kilometerweiten Umkreis überschwemmen. So lösten sich auch in diesem April die Eismassen, Wasser strömte zusammen, und gigantisch wuchs die Kraft des entfesselten Stromes.

Er ist mit dem Missouri der größte Strom der Erde, hat eine Lauflänge von 6580 Kilometer und sein Stromgebiet umfaßt eine Fläche von 2.248.000 Quadratkilometer. Dem unumwandelten Stastase entspringt er in einer Höhe von 450 Meter und fließt ruhig durch die Moränenlandschaft, erst ost-, dann südwärts, hinein in den mexikanischen Meerbusen. Gefunden wurde der Strom schon im 18. Jahrhundert, aber erst der Amerikaner Schoolcraft führte des gewaltigen Stromes Ursprung im Jahre 1832 auf. Strömen die gewaltigen Wassermassen in den mexikanischen Meerbusen, so muß sich der Strom fünfteilen. Mit seinen fünf Mündungsarmen umfaßt er ein Flächengebiet von 31.880 Quadratkilometer. Brücken von über 1 Kilometer spannen sich über den Strom, der in Cairo (U.S.A.) über 1200 Meter breit ist und nach der Mündung zu noch oft an Breite zunimmt. In einer Sekunde strömen 17.200 Kubikmeter Wasser in das Meer, und des Stromes Schnelligkeit nimmt trotz dieser ungeheuren Wassermenge nicht übermäßig zu. So in seines normalen Stromlaufs Zeiten. Wehe aber, wenn die Elemente losgelassen sind, und die Gewässer brausend herabstürzen, dann reißen die Kluten Häuser und Menschen in einer ungeheuren Geschwindigkeit mit. Nun strömen beim Hochwasser von St. Louis unterhalb der Einmündung des Missouri 48.000 Kubik-

meter Stromwasser und unterhalb der Einmündung des Ohio sogar 57.000 Kubikmeter unter Wasser pro Sekunde in das aufgeschichtete mexikanische Meer. Ähnliche Schwankungen erlebt des Mississippi Wasserstand, der wechselt von 2 Meter Unterwasser zu 27 Meter Hochwasser.

Wassereicher ist der Missouri, gefährlicher in seiner Strömung, weniger schiffbar wegen seiner wunderbaren Gefälle, die in einer Strecke von 80 Kilometer 26 Meter herabstürzen, weil deshalb auch weniger verkehrsgeographisch bedeutsam ist, weil wenige Dampfschiffe Last und Fracht aus des Hinterlandes fruchtbaren und arbeitsleißigen Zonen nach der millionenstarken südamerikanischen Hafenstadt New Orleans bringen können. Dagegen sind von den über 4000 Kilometer des Mississippi über 3600 Kilometer schiffbar, ermöglichen dadurch die Verfrachtung des Millionengutes aus dem Innern und Norden nach dem hafenreichen Süden, und geben dem Mississippi, dem Strom der Ströme, eine hohe kultur- und wirtschaftsgeographische Bedeutung.

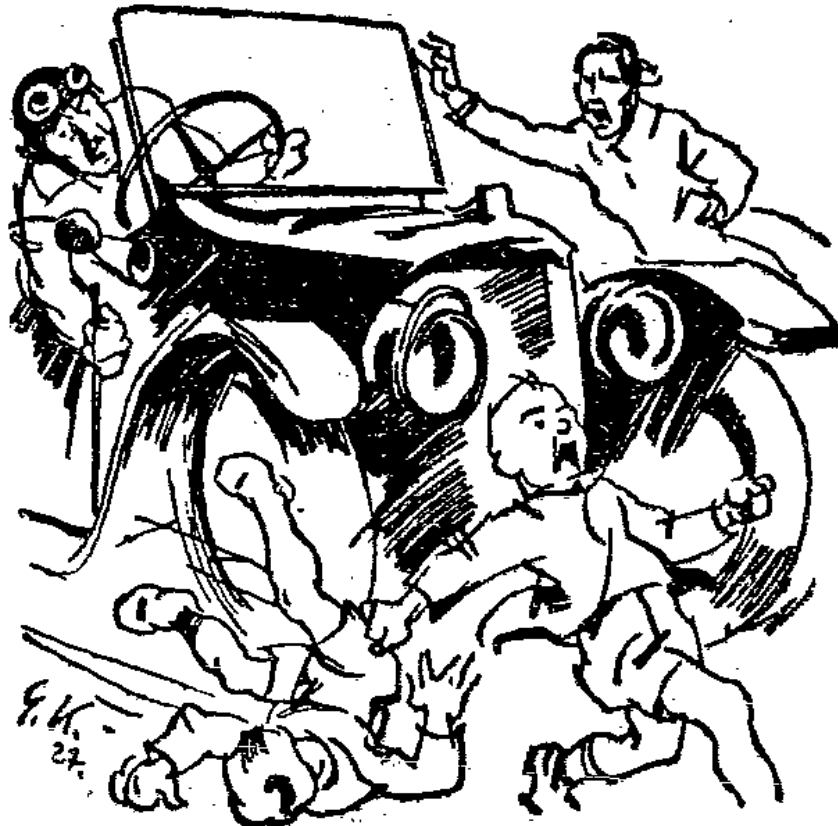
Des Stromes Gewalt vernichtet Menschenwert und wirtschaftliches Gut. Millionenwerte sind vernichtet. Amerikaner rechnen über 2000 Millionen Dollar Schäden aus Tabakplantagen und Baumwollfelder sind auf Jahre hinaus vernichtet, an den Baumwollbörsen steigen rapid die Kurse, die Preise erreichen schwindelnde Höhe, 13 Proz. Baumwollverluste rechnet man schon aus, und immer noch nicht ist des Schadens Ende voranzusehen.

Menschen jagen auf der Landstraße obdachlos umher, getrieben werden sie von der Angst vor der Finnen Gewalten, Menschen reißen selbst noch Dämme ein, um des Stromes Wüten nicht aufzuhalten, Soldaten schaffen mit Maschinengewehren Ordnung, und Spitäler füllen sich mit Cholera- und Typhuskranken, mit Verunglückten und Obdachlosen. Ungeheures Elend brachte der sonst so ruhig in seinem Bett dahinschliefende Mississippi über die Menschen, machte sich zum Feinde menschlichen Wertes, und trotz der Bändigung durch menschliche Kraft. Aufgehauene Dämme müssen mit Dynamit gesprengt werden. Jahrzehntelange Arbeit wird in Minuten vernichtet, des Stromes Wüten ist unaufhaltbar, und weiter wächst die Gefahr der Vernichtung wirtschaftlichen Gutes und menschlichen Lebens.

Und dann kommt wieder der Aufbau durch menschliche Arbeit und menschlichen Geist, die Bändigung des riesigen Stromes Mississippi, der schon einmal durch Dämme von bald 4000 Kilometer Länge gefesselt wurde, und der in seines Urtgewalts Macht durch neue Dämme von größerer Wucht und Haltbarkeit gebändigt werden muß. Zum Nutzen der Menschheit!

Bewahrt Eure Kinder

vor den Gefahren der Straße



Schickt sie in die Übungsstunden der Arbeiter-Turn- und Sportvereine!

nalen in die Reichsregierung schweren politischen Schaden angerichtet habe. Bremens schlechtes Abschneiden beim Finanzausgleich sei nicht zuletzt auf diesen reaktionären Kurs zurückzuführen. Ein starkes Bekenntnis legte der demokratische Hauptredner Dr. Fronte zum Gedanken des Einheitsstaates ab. Der zweite Hauptredner der Demokraten knüpfte sich dann die Deutschnationalen und die Hausbesitzer vor. Namentlich den letzteren warf er schlimmste Interessentenpolitik vor. Diese Kritik der Demokraten an der Volkspartei, den Deutschnationalen und Hausbesitzern ist um so interessanter, als diese gemeinsam mit den Demokraten den Bremer Bürgerblock bilden, bzw. stützen. Trotz der starken wohlgläubigen Verbeugung der Bremer Demokraten nach links wird man ihnen bis zur Neuwahl im Herbst dieses Jahres nicht vergessen, daß sie jede reaktionäre Einzelheit des Bürgerhaushalts doch letzten Endes immer mitgemacht haben.

Humor im Polizeideutsch

Auf der Ende Januar stattgefundenen Bremer Polizeikonferenz hat die Leitung der Bremerhavener Polizei eine Sammlung von Witzen, Humor und Polizeideutsch aus Anzeigen, Berichten von Polizeibeamten usw. gezeigt, aus der hier ein paar Beispiele wiedergegeben werden. Da die Polizei selbst diese Blätterchen bekanntgegeben hat, braucht wohl nicht ausdrücklich betont zu werden, daß es sich nicht um erfundene Scherze, sondern um die „nahe Wahrheit“ handelt.
Aus einer Anzeige gegen einen Motorradfahrer: „Sein Auspuff arbeitete so stark, daß der ganze Straßenzug benebelt war.“
Aus einer Anzeige wegen „Nichtreinigen der Straße“: „Auf Vorhalt gab er an: Nu mach man kein Sum.“
Ueber Einbreiten gegen Wandervogel: „Die Gitarrenbrigade der Wandervogel Spezialkorps so laut auf ihren Geigen, daß ich lediglich mit dem Gummitempern dagegen ankommen konnte.“
Aus einer Vernehmung: „Die Tatsache, daß ihr Vater Jahn demist ist, beruht sich auf nackter Wahrheit.“
Aus einem Wirtschaftsbetrieb: „In der Wirtschaft verkehren zweifelhafte Gesellen, sogenannte Elemente.“

Aus einer Unfuganzeige: „C. und sein Bruder verübten dadurch groben Unfug, indem sie sich mit einer Person laut schimpften, die schließlich in eine Schlägerei ausartete.“

Aus einer Vernehmung wegen schwerer Körperverletzung: „Es kam sich nur um einen Gabernack handeln, denn sein Kopf hatte nur 7 Beulen, die allerdings von einem stumpfen Gegenstand herzurühren schienen.“

Bericht auf einem Strafmandat, das nicht zugestellt war: „Lehtgenannten Datums ist sie unbekannt wohin verzogen abgemeldet, soll aber behauptet haben, daß sie selbiges begleitet werden, sobald sie in der Lage komme.“

Aus einer Anzeige wegen Unfugs: „Die Bultjers saßen um ein Bierjahr herum, in dessen Spundloch sie einen vergammelten Weihnachtbaum gepflanzt hatten. Sie sangen mit unglaublichem Stimmensaufwand „Stille Nacht“ und ließen die Steinhägerbündel kreffen. Später wälzten sie sich in schwerfälliger Weise zwischen den Fassern herum.“

Aus einer Anzeige wegen fäuntigen Straßenfegens: „Ich merkte, daß Frau S. ein rasendes Mundwerk hatte, denn ich erlebte einen schnippsigen Redeschwall.“

Aus der Anzeige eines fittlich Enträtelten: „Des öfteren habe ich des Nachts im Zimmer der Frau N. die Bettstelle knarren hören und stieß Frau N. dann wohlige Laute aus.“

Aus einer Unfugsanzeige: „W. pflanzte in angetrunkenem Zustande Geranien auf das Grab seiner Ehefrau, die er in den städtischen Anlagen ausgerissen hatte.“

Aus einem Unfugsbericht: „Als ich dem B. erklärte, daß er derart nach Spirit räche, daß er bald explodiere, sagte er: „So siehste aus!“ Er mußte dann mit Gewalt dazu bezogen werden, mit zur Wache zu kommen.“

Aus einer Eingabe gegen die Verfüzung des Maulkorbzwanges: „Liegt es nicht in der Natur der Hunde selbst, wenn sie sich treffen, sich gegenseitig unterem Steert riechen und mal die Kräfte messen?“

Aus einer Anzeige über einen unbefugten Radfahrer: Auf Vorhalt antwortete er: „Wahrscheinlich doch kein Quatsch, ich hab mal en Zug gemacht und bin befohen.“

Aus einer Anzeige wegen Nichtreinigen der Straße: Auf Vorhalt gab er an: „Wir sind Kaufleute verhehne? Erst wird bei uns Geld verdient und dann erst die Straße gefegt.“

Aus einer Eingabe: „In Zukunft mache ich auch keinen Mühsinn wieder.“

Aus der Schilderung zerstückter Familienverhältnisse: „Der Ehemann getrampele eine Kiste Zigaretten und prahlte dabei mit einer Pistol im Zimmer herum.“

Aus der Schilderung eines Radfahrerfalls: „Hierbei verlor L. den Kopf. Ueber jagat gänzlich.“

Neue Bücher

„Kunstschaffen und Kunstleben“. Eine kurze, vollständige für jedermann faßliche Anleitung zum Verständnis der Malerei, Plastik und Baukunst aller Zeiten und Völker. Der Verfasser gibt eine Uebersicht über die Gesamtentwicklung der bildenden Künste von den Urzeiten bis auf den heutigen Tag. Die Zusammenhänge der Künste mit der jeweils herrschenden Weltanschauung, das Wesen des Kunstwerks, die Naturnachahmungen in Malerei und Plastik, die Begriffe „Naturalismus“ und „Expressionismus“ werden in besonderen Kapiteln behandelt. An der Hand der geschichtlichen Betrachtungen werden die Grundlagen alles künstlerischen Schaffens verständlich gemacht und der Leser wird zum genießenden Erleben der Kunstwerke befähigt. Obgleich streng wissenschaftlich gehalten, liest sich das Buch von Anfang bis zu Ende wie eine unterhaltende Klauerei. Ein reiches, in vorzüglichen Reproduktionen gegebenes Bildermaterial unterstützt die Ausführungen des Textes. Ein besonderer Vorzug ist die hervorragende Ausstattung und die technisch muster-gültige Herstellung. Trotzdem der Preis auf circa 6.— RM. angesetzt war, hat sich der Verlag J. S. W. Dieck entschlossen, den Preis auf 5,50 RM. zu reduzieren im Interesse einer guten Verbreitung des Wertes.

Moltenmittel wie Naphthalin, Giebol, Weirichs Moltenäther, Kampfer usw. empfiehlt
Schroeders Drogerie, Glockengießerstr. 46.

